

*Der Faschismus ist in der Tat die Verachtung. Umgekehrt bereitet jede Form von Verachtung, in die Politik eingedrungen, den Faschismus vor oder führt ihn ein.*

*Albert Camus*

## **Im Angesicht der Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne<sup>1</sup>**

### **1. Die Demokratie und der drohende Ausnahmezustand – eine Einleitung**

Die Präsidentschaftswahl 2020 in den USA sollte auch den letzten unter uns klar vor Augen geführt haben, dass die Demokratie selbst der Einsatz ist, um den es mittlerweile geht. Die zögerlichen und halbherzigen Reaktionen des herrschenden Politikbetriebs auf weiter fortschreitende soziale Spaltungsprozesse hat einem anwachsenden Rechtspopulismus die Chance eröffnet, die multiplen Krisenentwicklungen der Zeit zu nutzen, um Grundlagen der repräsentativen Demokratie anzugreifen. Ca. 74 Millionen Wähler haben auch bei dieser Wahl Donald Trump gewählt. Erste Wahlanalysen liefern dazu einige erhellende Aufschlüsse.<sup>2</sup> Doch das ist im Folgenden nicht mein Thema. Mir geht es um eher grundagentheoretische Überlegungen zur Krise unserer parlamentarischen Demokratie. Es gibt Gründe zu tiefster Beunruhigung.

---

<sup>1</sup> Die Arbeit an diesem Essay habe ich am 12. Dezember 2020, gut einen Monat nach den Präsidentschaftswahlen und knapp einen Monat vor der vom noch amtierenden Präsidenten herbeigeführten Stürmung des Kapitols durch einen aufgebrachten rechtsradikalen Mob abgeschlossen. Man könnte geneigt sein, diesen Aufruhr als den grotesken Abschluss einer Präsidentschaft anzusehen, die von Anfang an durch ihre Verachtung für die Grundprinzipien der repräsentativen Demokratie gekennzeichnet gewesen ist: die Inszenierung eines frontalen Angriffs, die am Ende wie die Karikatur eines Putschversuches angemutet hat. Tatsächlich aber signalisiert dieser Vorgang die feste Absicht des Trumpismus als einer Variante rechtspopulistischer und – radikaler Bewegungen, die Grundlagen der repräsentativen Demokratie zu zerstören. Es dürfte in jedem Fall zumindest um eine in strategischer Perspektive gedachte Aktion von hoher Symbolkraft gegangen sein. Aber Wolfram Siemanns weitergehende These, Trump habe kühl kalkulierend *die Gewalt schüren wollen, um dann den Notstand ausrufen und an der Macht bleiben zu können* (Siemann 2021), ist bitter ernst zu nehmen. Ich sehe mich jedenfalls durch die jüngsten Ereignisse in der Ausgangsthese und der Argumentation des folgenden Essays bestätigt, Wir stehen vor der Herausforderung zu Verteidigung der repräsentativen Demokratie, und wir benötigen dazu ihre Weiterentwicklung mittels neuer Formen von Bürgernähe und -Beteiligung im Rahmen einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Politik.

<sup>2</sup> Siehe dazu Brigitte Schulz (2020) sowie Ingar Soltz (2020). Schulz zeichnet recht überzeugend nach, inwiefern Trumps deutliche Stimmenzuwächse gegenüber den Wahlen 2016 als eine, angesichts der soziokulturellen Bedingungen in den USA in spezifischen sozialen Milieus höchst plausible *Reaktion auf die großen gesellschaftlichen Veränderungen zu verstehen sind*, die sich eben auch in der Amtszeit Arak Obamas angesichts eines fortgesetzten neoliberalen Rollbacks weiter entwickelt haben; und Soltz Analyse läuft darauf hinaus, dass *der realexistierende Rechtspopulismus an der Macht (...) 2020 (zwar) noch einmal eine kleine Mehrheit gegen sich aufgebracht (hat) Würden aber die unhaltbaren Zustände nicht behoben, werde auch die dieses Mal noch erfolgreiche Strategie „gegen rechts“ dauerhaft unhaltbar sein* (a. a. O. 15).

Vor vier Jahren gab es in der Zeitschrift PROKLA eine Debatte über die Lage der westlichen Demokratien. Den Impuls setzte der Artikel *Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand*. Die Anspielung auf Carl Schmitts Satz, *Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet*, mochte manchem überzogen erscheinen,<sup>3</sup> doch die Analyse der Lage war in hohem Maße überzeugend. Wir hatten es zunehmend, und wir haben es seitdem immer wieder und in unterschiedlichen Formen, mit dem *Maßnahmestaat* zu tun – oder, wie ich damals in einem Essay aus Anlass der Verleihung des Literatur-Nobelpreises an Bob Dylan, diesen großartigen Lyriker und Sänger zitiert habe: „*The order is rapidly fading*“ – nur eben nicht so, wie zu Beginn der Bürgerrechtsbewegung in den USA einmal gehofft. Postdemokratisierung und Refeudalisierung sind heute weithin in vollem Gange.<sup>4</sup> Wir sehen uns konfrontiert mit den Folgen einer großen ökonomischen Krise des Kapitalismus, der immer weniger in ‚bewährter‘ neoliberaler Weise, oder mit neuer kapitalistischer Landnahme begegnet werden kann. Die neoliberale Konterrevolution ist im Scheitern begriffen. Als selbstverständlich erachtete Renditen können nicht dauerhaft, so wie bisher, auf Kosten der unteren Klassen und Schichten gesichert werden, ohne dass es zu immer schwerer kontrollierbaren Konflikten kommt. Und die Folgen des Raubbaus an der Natur werden in Gestalt einer drohenden Klimakrise zunehmend spürbar.

In der Folge haben wir es mit unterschiedlichen Vorstellungen seitens der herrschenden Eliten darüber zu tun, wie die bestehende Herrschaftsordnung aufrecht zu erhalten ist. Wir erleben den Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien, die in dieser Lage zu alten, überholten (Un)Ordnungsvorstellungen zurückwollen. Zunächst ist das für Repräsentanten der Konservativen unter den herrschenden Eliten tabu gewesen. Aber vor allem am Beispiel der USA lässt sich beobachten, wie rasch Populisten und Autokraten hoffähig werden können. Andere Staaten wie die Türkei, Brasilien oder auch Indien mit seinem neuen nationalistischen Hinduismus sind auf dem Weg in einen neuen autokratischen Nationalismus gefolgt. Auch in Europa sind vergleichbare Entwicklungen zu beobachten. Sie sind durch den ‚Trumpismus‘ in den USA gestärkt worden – nicht nur in einigen osteuropäischen Staaten, sondern auch in Großbritannien, immerhin eines der Länder, in denen frühe Anfänge unseres demokratischen Projekts der Moderne liegen. So haben wir es wirklich mit einer Krise der Demokratie zu tun, mit weiter forcierten sozialen Spaltungsprozessen, wachsenden Kriegsgefahren, und, vielleicht am stärksten beunruhigend, mit immer weniger abzuweisenden ökologischen Krisendrohungen.

Der erwähnte Artikel in der PROKLA ist auch hinsichtlich seiner Einschätzung der Ergebnisse neuerer Protestbewegungen recht überzeugend gewesen. Sie sind im

---

<sup>3</sup> Der reaktionäre, dem Nationalsozialismus verbundene Staatstheoretiker Schmitt hat bekanntlich den Souverän als diejenige staatliche Gewalt definiert, die in letzter Instanz, also ohne die Möglichkeit dagegen Rechtsmittel einzulegen, über den Ausnahmezustand entscheidet.

<sup>4</sup> Und zwar in ökonomischer, soziologischer und politischer Hinsicht. Siehe dazu Zinn 2015, Neckel 2013 und Martens 2016. Mein Essay zu Bob Dylan ist unveröffentlicht geblieben. Ich habe den obigen Gedanken aber auch in einem anderen Essay aufgegriffen (Martens 2019, 118).

Jahr 2011 kulminiert, haben mit den Folgen ihrer relativen Niederlagen zu kämpfen und sind durch neue rechtspopulistische Bewegungen „abgelöst“ worden. Der autoritäre Rechtspopulismus hat seither in erheblichem Maße die Welt verändert, und die politische Linke hat darauf bislang keinerlei überzeugende Antworten gefunden. Immerhin aber gibt es mittlerweile auch wieder neue soziale Bewegungen von links. Die Autoren der erwähnten Analyse in der PROKLA endeten seinerzeit damit, dass sie in den Kategorien Antonio Gramscis die Frage aufgeworfen haben, ob wir es mit einer Hegemonie-Krise zu tun haben, ob die Verhältnisse danach schon präfaschistisch zu werden beginnen und was daraus zu schlussfolgern sei. Angesichts der Corona-Krise mündete das heute in die Frage, ob sich ein neues Gelegenheitsfenster öffnet, oder ob die Lage für die politische Linke eher schwieriger wird.<sup>5</sup> Dazu ist unsere Lage zuletzt mit der ebenfalls auf Gramsci zurückgehenden Formulierung von einem neuen *Interregnum* gekennzeichnet worden.<sup>6</sup> Ich bin mir nicht sicher, ob diese begriffliche Anleihe uns tiefere Einsichten vermittelt, und ich halte es für denkbar, dass diese Formel eine immer noch eine relative Stabilität der Institutionen der alten Ordnung suggeriert, die sich als trügerisch erweisen könnte.

Der große Soziologe und Analytiker des Prozesses unserer Zivilisation Norbert Elias (1985, 107), linksradikaler Positionen sicherlich unverdächtig, hat vor 35 Jahren geschrieben, man könne *die Möglichkeit nicht ausschließen, dass sich die Vereinigten Staaten, wie einst Rom, unter dem Druck einer weltherrschaftlichen Aufgabe aus einer oligarchischen Republik in eine Präsidialdiktatur verwandeln würden* – damals noch vor dem Hintergrund der alten Systemkonkurrenz mit der UdSSR und noch nicht der neuen mit China. Aber er hat seine Besorgnis seinerzeit schon mit der Einschätzung verknüpft, dass nicht absehbar sei, ob und wie dem weißen Amerika die Integration einer wachsenden Zahl spanisch sprechender Bürger\*innen gelinge, die *Elemente der lateinamerikanischen Kulturtradition* mit sich brächten (a. a. O. 106). Und der ‚Technikapostel‘ und große Skeptiker Stanislaw Lem (1984, 256f) hat zur gleichen Zeit erklärt, dass *diese Demokratie, die im Westen sehr demokratisch ist, bei ihm großen Widerwillen hervorrufe*. Es komme allein auf *Geld* und die nötigen Mittel an, um *öffentlich auftreten zu können*. Kandidaten würden dann *als große Politiker angeboten und „verkauft“* – *genauso wie man Tomatensuppe in Dosen verkauft*. Er sei deshalb ein *Anhänger der Zivilisation von Fachleuten*.

Die unüberhörbare Demokratieskepsis Lems ist für die, die sein Werk näher kennen, nicht überraschend. Lem war bekennender Schopenhauerianer. Sie ist so sicherlich auch dringend kritikbedürftig. Aber Lem ist gleichwohl von Interesse. Immerhin hat er schon vor 35 Jahren scharfsichtig *eine wachsende Destabilisierung im Weltmaßstab* prognostiziert. Im Zeichen *versiegend(er) Bodenschätze* und der Nutzung und

---

<sup>5</sup> Die Corona-Pandemie als menschengemachte zoonotische, vom Tier auf den Menschen übergesprungene Infektion verändert die Gesamtkonstellation derzeit nachhaltig, wobei offen ist, ob und für wie lange sie ein Fenster der Gelegenheit für nachhaltige Veränderungen geöffnet hat. Siehe zur aktuellen Debatte Martens 2020a und b.

<sup>6</sup> Zu einem Überblick über diese Debatte siehe z.B. Peter 2020.

Entwicklung von neuen Technologien vornehmlich *für die Bedürfnisse einer in rasendem Tempo betriebenen Rüstung*, sei das absehbar. Angesichts des *engstirnigen Egoismus einiger westeuropäischer Staaten (...)*, die ihre selbst auf *militärischer Ebene schon archaische Souveränität erbittert verteidigen*, werde diese Entwicklung zudem verstärkt, und *alles Predigen über das Europaparlament und die Europäische Gemeinschaft erweise sich als Illusion*, allein zusammengehalten von *dem Bewusstsein einen Gegner zu haben*.<sup>7</sup>

Wer also heute unser mit der europäischen Aufklärung von Neuem in die Welt gelangtes demokratisches Projekt der Moderne energisch verteidigen will, der sollte sich im Blick auf den gegenwärtigen Zustand der Demokratie in den USA, und keineswegs nur dort, nicht mit der Formel vom *Interregnum* beruhigen. Noch in der Wahlnacht hat Donald Trump die Grundlagen der repräsentativen Demokratie direkt angegriffen. Ohne jeden Respekt vor den Institutionen der Republik hat er gezeigt, dass er das Zeug zum autokratischen Herrscher hat – und die Spitzen der republikanischen Partei haben dazu beredt geschwiegen. Sie haben von Trumps Präsidentschaft vier Jahre lang machtpolitisch profitiert, und sie meinen offenkundig, solchen Populismus unter Kontrolle halten zu können. Was manchem wie ein aberwitziger letzter Akt einer von Egomane geprägten Präsidentschaft erscheinen mag, ist wohl eher die kalkulierte Inszenierung einer „Dolchstoßlegende“. Der ‚Trumpismus‘ ist keineswegs vorbei – und die ‚Schutzwälle‘ die unter seiner Präsidentschaft gegen einen neuen, nun vielleicht grünen New Deal errichtet worden sind, sind hoch – einmal ganz abgesehen davon, dass man derzeit nicht wissen kann, wie ernst es Joe Biden mit dem Wahlprogramm der Demokraten ist und ob er ohne den erhofften ‚Erdrutschsieg‘ im Rücken und angesichts einer politisch durchaus zerstrittenen Demokratischen Partei deutlich weiter gesteckte Ziele vor Augen hat als eine *Rückkehr zur Obama-Zeit*.<sup>8</sup>

Die damit umrissene Lageeinschätzung führt unter anderem zu der Frage, wie es bei dieser Wahl eigentlich um die *mündigen Bürger* stand, die gegen, aber eben auch für den Demokratieverächter und Autokraten zu mobilisieren versucht worden sind? Will man dieser Frage nachgehen, kommen zumindest drei unterschiedliche Analysedimensionen in den Blick. Zum ersten, und sehr grundlegend, geht es dann darum, wie von den Anfängen unseres demokratischen Projekts der Moderne an eigentlich die Bürgerrolle gedacht, wie sie dann im Ergebnis eines langen konfliktreichen Prozesses in Form unserer repräsentativen Demokratie institutionell

---

<sup>7</sup> Zu dieser Sicht auf unsere schier aussichtslose, eben schopenhauerisch geprägte Lage *in der Höhle der Zivilisation* siehe Lem 1984, 235f. In diesem Zusammenhang verweise ich weiter auf meine Reflexionen zu Stanislaw Lem als Schriftsteller, ‚Technikapostel‘ und skeptischen Humanisten (Martens 2020c).

<sup>8</sup> Solty (2020, 13f) ist hinsichtlich der Aussichten für eine *moderate Linksregierung* unter der Präsidentschaft Bidens skeptisch – im Blick auf dessen politische Biographie bei den Demokraten wie auch auf seine ersten personalpolitischen Entscheidungen. Stefanie Odenwald (2020) sieht hingegen in der Wahl der Vizepräsidenten Kamala Harris einen *Meilenstein* für Veränderungsimpulse, die Hoffnung machen können. Gegenwärtig kann es sich hier freilich nur um mehr oder weniger gut begründete Spekulationen handeln.

ausgestaltet und wie sie uns so gewissermaßen selbstverständlich geworden ist. Zum zweiten führt die daran anschließende Überlegung, ob nicht auch in Sachen Demokratie über ein weiteres Fortschreiten bei der institutionellen Ausgestaltung unserer repräsentativen Demokratie nachzudenken wäre, zu der ebenfalls sehr grundlegenden Frage nach problematischen Selbstverständlichkeiten des unsere Zeit prägenden Fortschrittsgedankens. Davon wieder zum Demokratieproblem zurückkehrend ist schließlich als drittes zu fragen, wie in der rechtsstaatlichen parlamentarisch-repräsentativen Demokratie mit ihrer institutionell festgeschriebenen Gewaltenteilung mit der Rolle des Bürgers als Souverän umgegangen wird - und anders umgegangen werden könnte. Damit aber rückt in besonderer Weise der Raum der Öffentlichkeit in den Blick – und im Zusammenhang damit, dass diese ganz wesentlich medial hergestellt wird, die ‚vierte Gewalt‘. Auch hierzu will ich zunächst einige ältere Analysen in Erinnerung rufen, ehe ich auf die Bedeutung aktueller tiefgreifender Umbrüche für meine These von der gegenwärtigen Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne zu sprechen komme. In unserer Zeit einer fortschreitenden Digitalisierung geht es dann um die Erosion des Meinungsmonopols der Medien, im Zeichen der wachsenden Bedeutung des Internets und der sogenannten neuen sozialen Medien – und um deren ambivalente Wirkungen zwischen emanzipatorischem Potenzial, aber auch ganz neuen Möglichkeiten der Manipulation.

## **2. Grundlagen, Erfolge und Grenzen unserer repräsentativen Demokratie – oder: der demokratische Volkskörper und seine parlamentarische Doppelung**

Norbert Elias hat bei der theoretischen Verdichtung seiner empirischen Analyse *des Prozesses der Zivilisation* betont, unser Zivilisationsprozess sei *als Ganzes ungeplant, aber (...) dennoch nicht ohne eigentümliche Ordnung* verlaufen (Elias 1980, Bd. II, 313) – und er hielt die Soziologie, anders als Karl Mannheim, noch keineswegs für eine so weit fortgeschrittene Wissenschaft, um dessen weiteren Verlauf mit ihrer Hilfe wissenschaftlich hinreichend fundiert politisch steuern zu können.<sup>9</sup> Doch bewegt er sich ganz in der Tradition der europäischen Aufklärung, mit der deren Vordenker die Hoffnung auf eine Vernunft gesteuerte gesellschaftliche Entwicklung verknüpft haben. Von dieser Europäischen Aufklärung haben manche in jüngerer Zeit gefordert sie neu zu denken<sup>10</sup> - allerdings wohl vor allem im Hinblick auf einen rissig werdenden naiven Fortschrittsglauben und weniger in Bezug auf die

---

<sup>9</sup> Siehe dazu die Analyse von Richard Kilminster 1996.

<sup>10</sup> Im Blick auf die ‚bösen Philosophen‘ der radikalen Französischen Aufklärung, deren Kopf der große Enzyklopädist Denis Diderot gewesen ist, spricht Philip Blom (2010) von einer *vergessenen Aufklärung*. Hubert Cancik u.a. (2016,1) setzen darauf, *das humanistische Erbe aus Antike, Renaissance und Aufklärung (...) kritisch mit (...) neuen Anforderungen zu vermitteln*. In einer eher agnostisch-skeptischen Haltung hat Hans Magnus Enzensberger (2002) in *Die Elixire der Wissenschaft* auf die Fortschrittshoffnungen der Aufklärung zurückgeblickt (siehe dazu Martens 2015). Zur Aufforderung die Aufklärung neu zu denken siehe auch Heiner Geißler (2013) oder Steven Pinker (2019).

Herausforderung, den Raum der Politik weiter auszubauen. Der ist im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert immer wieder heftig umkämpft gewesen. Denn im Zuge der kapitalgetriebenen Industrialisierung ist die repräsentative Demokratie ja alles andere gewesen, als die selbstverständliche, gewissermaßen adäquate Staatsform. Nahezu noch absolutistisch verfasste Monarchien blieben nach den ersten großen bürgerlichen Revolutionen in Nordamerika und Frankreich<sup>11</sup> vielerorts und für lange Zeit der politische Rahmen, innerhalb dessen kapitalgesteuerte Marktökonomien entfaltet und gesellschaftlich prägend geworden sind.<sup>12</sup>

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass nicht nur bei Arendt, sondern auch bei dem Weltsystemanalytiker Immanuel Wallerstein, dessen Denken zweifelsfrei stark durch seine Rezeption der Marxschen Analysen des Kapitalismus geprägt ist, die Französische Revolution als zentraler politischer Einschnitt im ca. fünfhundertjährigen Prozess der Herausbildung des modernen Weltsystems behauptet wird. Mit der Französischen Revolution gewinnt für ihn, anders als in den seit 1918 zur Herrschaft gelangten marxistischen Strömungen, der mit ihr eingeleitete Epochenbruch im Zeichen von Michel Foucaults (1971 neuer *Ordnung der Dinge*, und unter Betonung der demokratische Frage, besonderes Gewicht. Die Forderung nach Brüderlichkeit, besser Geschwisterlichkeit der Menschen als zu Empathie befähigter Wesen und die nach ihrer Gleichheit ordnet sich so der Demokratiefrage in einem spannungsreichen Verhältnis zu.<sup>13</sup>

*In der wohlfahrtstaatlichen Gestalt der repräsentativen Demokratie ist sie nach 1945, also nach einem neuen dreißigjährigen Krieg in der ‚Nacht des zwanzigsten Jahrhunderts‘ im Einzugsbereich der atlantischen Zivilisationsgemeinschaft<sup>14</sup> für einige Jahrzehnte geschichtsprägend geworden - und in den Augen Arendts zugleich zur nunmehr letzte(n) Chance der abendländischen Kultur. Diese nüchtern-skeptische Einschätzung - bei Arendt untrennbar mit der Vorstellung verknüpft, dass es zu ihrer Nutzung eines stetig weiteren Ausbaus und institutionellen Festigung des*

---

<sup>11</sup> Siehe dazu die vergleichende Analyse Hannah Arendts *Über die Revolution* (Arendt 1974).

<sup>12</sup> Das Revolutionsjahr 1848 endete bekanntlich in Niederlagen. Nach 1918 hatte die Weimarer Republik nur eine kurze Lebensdauer, und totalitäre Regime behaupteten weithin das Feld – und das nicht nur in Gestalt des Faschismus und Nationalsozialismus. Es zeigte sich, dass auch *die Oktoberrevolution als große Hoffnung des 20. Jahrhunderts im Totalitären endete*, und so die *wesentliche Enttäuschung des Zeitalters* geworden ist (Arendt 2003, 254). Frieder O. Wolf (2020a, 102f) stellt die Oktoberrevolution in den Zusammenhang der gescheiterten oder steckengebliebenen *großen transformatorischen Aufbrüche* nach der Entfaltung des industriellen Kapitalismus - von der Pariser Kommune über die Revolutionen in China, Jugoslawien oder Cuba, aber auch die *Durchsetzung des schwedischen Wohlfahrtsstaats oder des New Deal in den USA*.

<sup>13</sup> Im Blick auf das mit der amerikanischen und der französischen Revolution praktisch begonnene demokratische Projekt der Moderne, so könnte man im Anschluss daran sagen, ist die Demokratie, jedenfalls als Lebensform, und nicht der Sozialismus *das Einfache, das schwer zu machen ist* (Brecht).

<sup>14</sup> Arendt (1974,278) verwendet diesen Begriff im Zusammenhang mit der Überlegung, dass sie nach der Nacht des zwanzigsten Jahrhundert nunmehr *die letzte Chance der abendländischen Kultur* sei, sich als nachhaltig tragfähig für eine Zukunft zu erweisen, in der es nach ihren, an anderer Stelle formulierten Worten darum gehen müsste, dass *der Mensch ein handelndes Wesen wird* (Arendt 1993, 182).

*Raumes der Politik bedarf - ist heute augenscheinlich weithin vergessen.*<sup>15</sup> Zudem erscheint es im Mainstream der wissenschaftlichen Debatten weithin als unstrittig, dass dieser Raum der Politik zwingend ‚diesseits‘ der privatrechtlich verfassten Sphäre von Arbeit und Wirtschaft liegt. Und solches Denken bewegt sich durchaus in der Kontinuität von Arendts Denken.<sup>16</sup> Für sie lag die heteronome Sphäre der Arbeit jenseits des Raumes demokratischer Öffentlichkeit und war deshalb nur indirekt politischer Gestaltung zugänglich. Ihre scharfe Unterscheidung von Arbeiten-Herstellen-Handeln in *Vita activa* (1967) ist auch zweifellos anregend. Die Trennung von Arbeit und Kommunikation bei Jürgen Habermas folgt zum Beispiel daraus. Aber Arendt selbst schreibt in ihrem Denktagebuch, dass mittlerweile *alle Arbeit (außer der Hausarbeit) entscheidend vom Moment des Herstellens bestimmt* sei (Arendt 2003, 375) und weiter, dass *das sozial Revolutionäre der industriellen Revolution (...) in der ‚Sozialisierung‘ = Entprivatisierung der Arbeit (liegt). Aus ihr entspringt der Sozialismus (und der Marx’sche Klassenbegriff) (a. a. O. 348)* Man sieht sich so aufgrund ihrer eigenen, zutreffenden Überlegungen dazu herausgefordert, im Blick auf eine Demokratisierung der Sphäre der Arbeit und Wirtschaft selbst mit ihr gegen sie weiterzudenken – und dies entspricht ja ganz der Kantischen Aufforderung, den Mut zu haben, den eigenen Verstand zu gebrauchen: *sapere aude*.<sup>17</sup>

**Doch** in der oberflächlichen Gedankenlosigkeit unserer öffentlichen Debatten **herrscht** die Meinung vor, dass unsere Gesellschaft in Sachen Demokratie mit unserem sonst so viel beschworenen Fortschritt sozusagen am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen sei. Wie man heute sehen kann, ist nun aber das Modell der repräsentativen Demokratie, nachdem der Volkswille überhaupt nur repräsentativ geformt zum Ausdruck gebracht werden kann, in Zeiten zunehmend schlechter beherrschter multipler Krisenentwicklungen anfällig, zumal dann wenn zugleich *Korruption und Machtmissbrauch durch private Interessen* Platz greifen. Der Liberale Ralf Dahrendorf (1997) sah die Welt bereits im Ausgang des 20. Jahrhunderts in der Folge der Herausforderungen der Globalisierung und ihrer sozialen Folgen *an der Schwelle zum autoritären Jahrhundert*, und Philip Manow (2018) hat seine *Politische Ökonomie des Populismus* als einen *Protest gegen die Globalisierung*

---

<sup>15</sup> Das gilt unbeschadet der wachsend großen Aufmerksamkeit, derer sich ihr Werk in den letzten Jahrzehnten vor allem in der akademischen Öffentlichkeit, aber nicht nur dort, erfreut.

<sup>16</sup> Erst in jüngster Zeit hat die Philosophin Elizabeth Anderson (2019) der Debatte um Arbeit und Demokratie neue Impulse gegeben.

<sup>17</sup> Für diese generell richtige Haltung im Umgang mit großer Philosophie – Arendt verstand sich bekanntlich als Politikwissenschaftlerin, ist aber in ihrem Denken wie wenige philosophisch fundiert – möchte ich an dieser Stelle einen Aphorismus von Friedrich Nietzsche anführen – also eines Philosophen, der für Jürgen Habermas (1985), anders als für Linksnietzscheaner wie Albert Camus (Martens 2020d, 88-116 und 2020e), für einen Bruch mit der europäischen Aufklärung steht. **Camus hat ja bekanntlich Nietzsches großes und unbedingtes Ja zur Welt mit dem großen Nein der politischen Linken seiner Zeit zum gegenwärtig Seienden verknüpft – unbeschadet aller Distanz zu einem teleologischen Hegel-Marxismus. Und Nietzsche (2011,92) schrieb, erkenntnistheoretisch ganz zu Recht: Der Philosoph glaubt, der Wert seiner Philosophie liege im Ganzen, im Bau. Die Nachwelt findet in ihm Stein, mit dem er baute und mit dem, von da an, noch oft und besser gebaut wird: also darin, dass jener Bau zerstört werden kann und doch noch als Material Wert hat.** Es gilt also immer wieder weiter zu bauen, den Prozess unserer Aufklärung stetig weiter und immer wieder neu zu denken.

geschrieben.<sup>18</sup> Man sollte in diesem Zusammenhang an einige erhellende Analysen zur Genese der repräsentativen Demokratie erinnern.

Manow hat in seiner Analyse von 2018 den Populismus dafür kritisiert, dass er auf ein Schleifen der vielfältigen Mechanismen zielt, die in der repräsentativen Demokratie dem Ausschluss und der Disziplinierung, aber zugleich auch der Artikulation und Vermittlung des mehrheitlichen Willens der Menge der Vielen dienen. Er greift dazu auf seine frühere Analyse der Geschichte demokratischer Repräsentation zurück. Darin hat er gezeigt, dass

*der moderne politische Führer (immer noch) die ‚kollektive Wunschpersonifizierung‘, ein verkörperter Mythos ist und dass die Vorstellung, dass (...) politische Herrschaft ‚entpersonalisiert‘ und ‚nachmetaphysisch‘ sei (Habermas) (...) vielleicht ein frommer Wunsch, mit Sicherheit aber ein Irrtum der Demokratietheorie (sei), die sich die ganze Politik in Diskursen verflüssigt wünscht (Manow 2008, 142).*

Als ein Ergebnis seiner Analyse der Entstehung des *Parlaments als politischer Körper* – sozusagen *im Schatten des Körpers des Königs*, der zuvor eine göttlich gegebene staatliche Macht im wahrsten Sinne des Wortes verkörpert hat, kann Manow daher schreiben:

*es sind der demokratische Volkskörper und seine parlamentarische Doppelung, das Parlament, die fortan die leere Stelle des doppelten Königskörpers einnehmen. Repräsentieren heißt personifizieren und inkarnieren, mit dem Parlament setzt die Demokratie einen symbolischen Körper anstelle eines Volkes, das unauffindbar ist und nicht dargestellt werden kann. (Manow 2008 115).*

In seiner späteren Analyse der *(Ent)demokratisierung der Demokratie* (Manow 2018) argumentiert er dann vorsichtig abwägend mit aller spezialdisziplinären Vorsicht des Politikwissenschaftlers: Die Krise unserer Demokratie erscheint unter solchem Blickwinkel als Resultat der Erfolge ihrer repräsentativen Ausformung angesichts der Aushöhlung nationalstaatlicher Regulierungsmacht infolge der Globalisierung - die im Übrigen nicht mehr ein zentrales Thema für ihn ist. Er kritisiert das Mobilisierungspathos eines jeglichen Populismus - und er geht dann sehr vorsichtig mit der Frage um, ob mehr Demokratie eine Lösungsmöglichkeit sei.<sup>19</sup>

Unter dem Blickwinkel der großen Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt ergibt sich zu Zeiten der Protestbewegungen der 1960er Jahre ein anderes Bild. Für die ist nach der amerikanischen und der Französischen Revolution mit der repräsentativen Demokratie ein neuer Raum des Politischen entstanden, der in ihren Augen das Versprechen auf einen Raum der Freiheit Aller sein sollte. Allerdings hat sie, so

---

<sup>18</sup> Ich würde es allerdings vorziehen, die Kritik nicht auf eine Globalisierung ‚an sich‘ zu richten, sondern präziser auf die, die seit vier Jahrzehnten von den herrschenden Eliten sehr bewusst in einem neoliberalen Geist vollzogen wird.

<sup>19</sup> Ich habe demgegenüber im Zuge meiner Analyse einer auch politischen *Refeudalisierung* unserer noch demokratischen Herrschaftsverhältnisse für einen Weg zur *Demokratie als Lebensform* und *einzig aussichtsreiche(r), aber auch riskante(r) Antwort* auf die zu beobachtenden Krisenentwicklungen argumentiert (Martens 2016, 141-149.)

nochmals Manow (a. a. O. 114) auch argumentiert, dass mit den großen bürgerlichen Revolutionen *das Ende einer Tradition nicht notwendigerweise bedeutet, dass das traditionelle Begriffsgerüst auch schon seine Macht über die Menschen verliert*. Das Parlament als neue symbolische Repräsentanz des Staatsvolkes impliziert also in diesem Sinne die Fortdauer von Herrschaftsverhältnissen in neuer Gestalt, oder *der verdrängte Königskörper kehrt in den Praktiken der Demokratie wieder* (a. a. O. 115) In diesem Sinne zitiert Manow dann auch Michel Foucault mit dem Satz, dass wir *in der politischen Theorie (...) dem König noch nicht den Kopf abgeschlagen* haben (ebd.).

Aber mit dem Repräsentationsprinzip entsteht so im Zuge der Entfaltung der neuen bürgerlichen Gesellschaft zugleich die Gefahr des Eindringens privater Interessen in den Öffentlichen Raum. Arendt hat daher im Hinblick auf die repräsentative Demokratie am Beispiel der frühen amerikanischen Republik argumentiert, dass allein *die Öffentlichkeit selbst* geeignet sei, *das Eindringen korrumpierender Privatinteressen in den öffentlichen Raum zu verhindern* (Arendt 1974,323). Thomas Jefferson, der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, habe jedenfalls gegen Ende seiner politischen Laufbahn

*eine Ahnung davon (gehabt), wie gefährlich es sein könnte, dem Volk nicht mehr den Platz in der Öffentlichkeit einzuräumen als die Wahlurne und kaum mehr Gelegenheit zu geben, seiner Stimme in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, als den anonymen Stimmzettel. Er erkannte die tödliche Gefahr, die darin lag, dass die Verfassung einerseits alle Macht dem Volke gegeben hatte, ohne doch die Möglichkeit zu bestimmen, in deren Rahmen dieses Volk nun auch sich als Bürger und Bürger einer Republik betätigen und bewähren konnte. Dies konnte nur darauf hinauslaufen, einem Volk von Privatleuten alle Macht auszuliefern, da sie ja als Bürger kaum eine Funktion hatten* (Arendt a.a.O. 324).

Die weitergehende Schlussfolgerung Jeffersons ist Arendt zufolge gewesen, einen gestuften demokratischen Aufbau der Gesellschaft zu entwickeln, beginnend in ‚kleinen Republiken‘, aus denen *die große ihre hauptsächlichste Kraft schöpfen sollte* (Arendt 1974,324). Sie zitiert Jefferson mit den Worten: *Man mache mit <den Elementarrepubliken> nur erst einen Anfang für gleich welchen Zweck, es wird sich bald herausstellen, für welche anderen Zwecke sie sich am besten eignen* (a. a. O. 359).

Arendt entfaltet in *Über die Revolution*, philosophisch-theoretisch fundiert und empirisch anhand der Anfänge der amerikanischen Republik im Vergleich zur Französischen Revolution exemplifiziert, ausgeprägt radikaldemokratische Überlegungen. Die führen sie in ihrer Auseinandersetzung mit Jefferson bis hin zu der These, dass man, wenn überhaupt bei einem politischen Denker im Blick auf die aktiv gelebte Freiheit Aller, dann bei Jefferson von einem *Rätegedanken* sprechen könne (a. a. O. 336, Hervorhebung im Original). Dies wiederum korrespondiert mit ihrer Kritik an Karl Marx, dem sie – im Ergebnis ihrer zuletzt abgebrochenen Auseinandersetzung mit dessen Werk (vgl. Kohn 2011) - das Fehlen eines

substanziellen Freiheitsbegriffs vorwirft Sie selbst führt solche rätedemokratischen Überlegungen, mit der für sie charakteristischen Emphase für das immer wieder neu Beginnen, auch am Beispiel der Ungarischen Revolution von 1956 weiter aus – und bezieht sich damit auf ein Ereignis, das marxistisch orientierte Autoren wie Cornelius Castoriadis (2016) in der Tradition der proletarischen Revolutionen seit der Pariser Commune interpretiert haben.<sup>20</sup>

Arendt bewegt sich mit ihrem Denken also ganz in der Tradition der europäischen Aufklärung.<sup>21</sup> Aber sie konstatiert auch, dass eine Demokratie Gleicher und Freier, die ihr gemäße institutionelle Form (noch) nicht gefunden habe. Jefferson sei das am Ende seiner politischen Laufbahn nur allzu bewusst gewesen.<sup>22</sup> Im Übrigen seien die *gründenden Väter* der amerikanischen Republik seien aufgeklärt genug gewesen, um sich nur allzu klar darüber zu sein, dass sie mit ihrer Revolution gegen die bis dahin als göttlich gesetzte Ordnung gedachte Monarchie vor einem *Abgrund der Freiheit* gestanden hätten (Arendt 1979, 433). Ihn nach menschlichen Maßstäben und Möglichkeiten angemessen auszugestalten, hätten sie mithin als immense Herausforderung begriffen, für die sie in einer damals wesentlich noch agrarisch gestalteten Gesellschaft eine Lösung gesucht hätten – aber nach ihrer Analyse in *Über die Revolution* nur eine vorläufige und unzureichende – und zwar im Blick zurück in Anknüpfung an die römische Republik.

Daran anschließend begreift Arendt selbst (1993) den Raum der Politik als einen institutionell stetig weiter auszugestaltenden *Raum der Freiheit*. Zu dieser Auffassung passt es, dass sie zu Zeiten der kulturevolutionären Protestbewegung von 1968 in einem Brief an Karl Jaspers geschrieben hat: *Mir scheint, die Kinder des nächsten*

---

<sup>20</sup> Zu Arendts Marx-Kritik siehe Arendt 1993,73. Zu einer anderen, gut belegten Auseinandersetzung mit der *Freiheit des Karl Marx* siehe zuletzt Urs Marti-Brander 2018, zu Arendts Auseinandersetzung mit der Ungarischen Revolution Arendt 1958, zu ihrer Kritik einer unzureichenden theoretischen Verarbeitung des Rätegedankens in marxistischer Tradition – verbunden mit ihrer praktischen Negierung nach der russischen Revolution durch die Bolschewiki siehe Arendt 1974, 336 – 344.

<sup>21</sup> Selbstredend konnte ein radikaler Aufklärer wie Denis Diderot in den 1770er Jahren, also vor den Erfahrungen der großen bürgerlichen Revolutionen, das Spannungsverhältnis von Repräsentation und aktiver Teilhabe aller Bürger am demokratischen Prozess der damals noch im wesentlichen agrarisch geprägten Gesellschaften nicht gleichsam im Vorgriff angemessen reflektieren. Und die Bürger\*innen waren schon gar nicht im Blick der Zeit. Doch in den *Beobachtungen über die Instruktionen an die Volksvertreter*, verfasst für die russische Zarin Katharina schreibt er, und das klingt sehr radikaldemokratisch: *Auch die Willkürherrschaft eines gerechten und aufgeklärten Fürsten ist immer schlecht. Seine Tugenden bedeuten die gefährlichste und wirksamste Verführung. (...) Er nimmt dem Volk das Recht zu beratschlagen, zu wollen oder nicht zu wollen, sich dem Willen des Herrschers auch dann zu widersetzen, wenn er das Gute befiehlt; doch dieses Recht zur Opposition, so unvernünftig es auch sein mag, ist unantastbar. Ohne dieses Recht gleichen die Untertanen einer Herde, deren Forderungen man verachtet – unter dem Vorwand, dass man sie ja auf fette Weiden führe* (zitiert nach Lepape 1994, 400f).

<sup>22</sup> Mir ist es wichtig, in diesem Zusammenhang an Ekkehart Krippendorfs Arbeit *Jefferson und Goethe* zu erinnern, in der er über Gespräche des alten Jefferson mit Thomas Owen und Francis Wright berichtet, die nach 1820 in den USA frühsozialistisch-utopische Gemeinschaften begründeten und in denen Jefferson sein Verständnis von *Demokratie als eines permanenten Erziehungs- und Bildungsprozesses* dargelegt habe (Krippendorf 2002, 172f), Auch die Absicht Wrights, mittels genossenschaftlicher Ansätze die Sklaverei zu überwinden begleitete der damals schon 82jährige Jefferson mit Sympathie: *Jeder Plan, der irgendetwas bewirken könne, um jenes Endziel zu erreichen (...) sollte unternommen werden*, schreibt er ihr (a .a .O. 174f).

*Jahrhunderts werden das Jahr 1968 einmal so lernen, wie wir das Jahr 1848.*<sup>23</sup> Diese zuversichtliche Erwartung ist allerdings an nichts weniger als die Voraussetzung gebunden gewesen, dass die Kinder des 21. Jahrhunderts einen solchen Blick von den Grundlagen eines partizipativ erweiterten und institutionell entsprechend befestigten Raumes der Politik aus zurückwerfen können. Denn nur dann wäre ihnen ein Blick möglich, wie er sich uns auf die gescheiterte Revolution von 1848 darbietet.

In Deutschland sind im auf die 68er Bewegung folgenden ‚sozialdemokratischen Jahrzehnt‘ der 1970er Jahre Modelle erdacht und jedenfalls ansatzweise erprobt worden, die auf eine stärkere aktive Beteiligung der Bürger\*innen am politischen Prozess der Gesellschaft gezielt haben. Peter Dienel hat damals von der Staatskanzlei des sozialdemokratisch regierten NRW aus das Konzept der ‚Planungszelle‘ entwickelt. Mit Robert Jungks ‚Zukunftswerkstätten‘ ist experimentiert worden.<sup>24</sup> Das geschah nicht zuletzt in der Absicht, so auch das Laien-Experten-Wissen der Menschen für offene Entscheidungsprozesse nutzbar zu machen – und zugleich die ausgewiesenen wissenschaftlichen Experten vor das Erfordernis zu stellen, in Anhörungsprozessen ihre jeweiligen Vorschläge überzeugend zu präsentieren. Auch in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft sind damals Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte gestärkt worden. Es ist bemerkenswert, dass solche Ansätze heute, da Politikwissenschaftler wie Manow im Blick auf die Globalisierung Leistungen und Gefährdungen unserer repräsentativen Demokratie vorsichtig abwägen oder wie Rainer Forst (2020) von einer *Verwahrlosung der Demokratie* sprechen, von Konservativen Politikern wie Wolfgang Schäuble unter dem Begriff der ‚Bürgerräte‘ von neuem aufgegriffen werden (Rossmann 2020). Es gehe darum, so Schäuble, angesichts einer *abnehmenden Bindekraft (...-) unsere(r) westlichen Demokratie* diese von neuem *zukunftsfähig (zu) machen*. Man darf sicherlich skeptisch sein, ob der Bundestagspräsident hier ähnlich radikaldemokratisch wie Jefferson an einen Kampf gegen *Korruption und Machtmissbrauch durch private Interessen* denkt, geschweige denn an einen um den öffentlichen Raum.

Die partizipativen Ansätze der 1970er Jahre haben sich in eine Aufbruchphase eingefügt, für die Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung mit der Formel des *Mehr Demokratie wagen* eine Leitidee formuliert hat, die seinerzeit viele Menschen bewegt hat. Ihr sind dann allerdings nur praktische Reformschritte gefolgt, die deutlich begrenzt geblieben sind. Peter Dienels Planungsstellen kamen nur so vereinzelt zum Zuge, dass Fragen danach, wie bedeutsam oder gar verbindlich ihre Ergebnisse für die institutionalisierten repräsentativen Entscheidungsprozesse sein könnten oder werden sollten, praktisch nie spruchreif geworden sind. Für die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft gab es 1972 eine beachtliche Reform der Betriebsverfassung. Doch für eine aktive Beteiligung der Arbeitenden selbst an der

---

<sup>23</sup> Siehe zu dem Arendt-Zitat die Einleitung zum Begleitbuch zur Berliner Arendt-Ausstellung *Hannah Arendt und das 20. Jahrhundert* (Blume u.a. 2020, 14).

<sup>24</sup> Siehe zu diesen Ansätzen aus den 1970er Jahren Dienel 1997 sowie Jungk/Müllert 1981. Zu einer Bilanzierung von fünfundzwanzig Jahren Erfahrungen mit dem Konzept der Planungsstelle siehe Martens 1998.

Arbeit ihrer repräsentativen Interessenvertretung, gar ihre Mitbestimmung am Arbeitsplatz, fehlte es an Durchsetzungskraft. Hans Matthöfer hatte hierzu schon zu Zeiten der großen Koalition Überlegungen zur Einrichtung von Arbeitsgruppensprechern entwickelt, die er Anfang 1969 als Gesetzentwurf in den Bundestag einbrachte. Doch schon der Vorstand der IG Metall stand dieser Initiative des Leiters seiner Bildungsabteilung mehr als nur skeptisch gegenüber.<sup>25</sup>

Alle diese Erfahrungen belegen sehr nachdrücklich, wie tief verwurzelt auch auf Seiten der politischen Linken die Vorstellung gewesen ist, dass die gewohnten repräsentativen Strukturen durch neue Modelle direkter Beteiligung in ihrer Autonomie nicht in Frage gestellt werden dürften.<sup>26</sup> Es ist deshalb wichtig, auf der Höhe der Herausforderungen unserer Gegenwart die für unsere repräsentative Demokratie letztlich grundlegenden demokratietheoretischen Fragen von Neuem aufzuwerfen. Doch ehe ich auf die aktuellen Herausforderungen dazu näher zu sprechen komme, ist es mir wichtig, auf die heute in unserer Gesellschaft prägende Vorstellung von Fortschritt einzugehen, denn die unterscheidet sich deutlich von der, die hinter der zuversichtlichen Erwartung steht, die die Politikwissenschaftlerin Arendt mit den sozialen Bewegungen von 1968 verbunden hat.

### 3. Gegen die naive Fortschrittsgläubigkeit unserer Zeit

Ich beginne also mit dem Verständnis eines sozialen Fortschritts – und es lohnt sich, dazu bei dem Weltsystemanalytiker Wallerstein anzusetzen.<sup>27</sup> Wallerstein holt bei seinen Analysen historisch weit aus. Das „moderne Weltsystem“ hat für ihn eine ca. 500-jährige Geschichte. Die Französische Revolution ist darin aus seiner Sicht das einschneidende Ereignis, weil es die *Struktur des modernen Weltsystems verändert* hat (Wallerstein 2014, 601). Man könnte auch, mit Foucault sagen, *die Ordnung der Dinge* habe sich um sie herum grundlegend verändert - im Sinne einer neuen Denkweise im Hinblick auf *das Wissen von den Lebewesen, das Wissen von den Gesetzen der Sprache und das Wissen der ökonomischen Fakten*.<sup>28</sup> Zunächst von der Französischen Revolution ausgehend gelangt Wallerstein über das Revolutionsjahr 1848 und dann weiter – wobei er die proletarischen Revolutionen, in

---

<sup>25</sup> Siehe ausführlich Abelshäuser 2009, 182-201, der u.a. feststellt, dass Matthöfers *Überlegungen zur Gewerkschafts- und Bildungsstrategie im Vorstand der IG Metall* missbilligt wurden. *Im .Störfeuer der Gewerkschaften sei der parlamentarische Durchgang des Gesetzentwurfes (Matthöfers) ins Stocken geraten und schließlich ins Leere gelaufen, für die seinerzeit im Bundestag höchstwahrscheinlich sogar die erforderliche Mehrheit vorhanden gewesen wäre* (a. a. O. 185 und 193).

<sup>26</sup> Und das gilt eben auch bei Gewerkschaftern wie Otto Brenner oder Victor Agartz, die noch durch das marxistische Denken der Weimarer Zeit geprägt worden sind. Wirtschaftsdemokratie, in reden Brenners noch bis weit in die 60er Jahre ein wiederkehrendes Thema, wurde so eher als Demokratie für die Arbeitenden denn als Demokratie durch sie gedacht.

<sup>27</sup> Ich greife dazu auf eine Argumentation zurück, die ich in meinem Buch zur Refeudalisierung der Politik (Martens 2016a, 68-101) dargelegt habe. Siehe dazu auch Martens 2016b.

<sup>28</sup> So der Klappentext von Foucaults Buch.

den Bewegungen 1918 kulminierend, ziemlich übergeht (!) - über 1968 in die Gegenwart.

Er unterscheidet, historisch, nun wieder bis zu den Anfängen des modernen Weltsystems zurückgehend, drei große *hegemoniale Zyklen*. In ihnen waren die Vereinigten Niederlande um die Mitte des 17., das Vereinigte Königreich um die Mitte des 19. und die USA um die Mitte des 20. Jahrhundert jeweils die hegemoniale Macht (Wallerstein 2010, 3). Die Hochphase ihrer Hegemonie habe jeweils 25-50 Jahre angedauert. Ein *dreißigjähriger Krieg* sei jeweils vorausgegangen, und, aus ihm heraus gestärkt, habe Hegemonie immer auf ökonomischen Vorteilen basiert. Den Niedergang der US-amerikanischen Hegemonie - schon 2004 erscheint in Deutschland sein Buch über den *Absturz oder Sinkflug des Adlers* - behandelt er im Anschluss an diesen weit ausholenden Rückblick besonders ausführlich.

Weiter unterscheidet er miteinander konkurrierende dominante politische Strömungen, die sich in der Form, in der er sie skizziert, nach 1848 ausgeprägt haben. Das sind (1) ein aufgeklärter Konservatismus (prototypisch im vereinigten Königreich), (2) ein zentristischer Liberalismus und (3) die Radikalen (unter denen die *vertikal angelegten* Strömungen, 1848 und in der Folge, entweder dem Proletariat oder dem Nationalstaat die entscheidende Rolle für umstürzende Veränderungen zuwies. Andere Bewegungen, wie die Frauenbewegung oder minoritäre Bewegungen seien nachgeordnet geblieben. Für 1968, wie auch schon für 1848, spricht er von einer *Weltrevolution*, die die *Geokultur* verändert habe, auch wenn sie – ebenso wie die 120 Jahre zuvor - mit einer Niederlage endete.<sup>29</sup> In dem eben schon erwähnten knappen Text von 2010 findet sich die folgende höchst bemerkenswerte Kennzeichnung der 1968er Bewegung. Sie ist dem Arendtschen Blick darauf durchaus verwandt:

*Die Weltrevolution von 1968 war ein enormer politischer Erfolg. Die Weltrevolution von 1968 war eine enorme politische Niederlage. Sie stieg wie auf wie Phönix, loderte tatsächlich sehr hell auf dem ganzen Globus und schien dann Mitte der 1970er Jahre fast überall ausgelöscht zu sein. Was ist durch dieses Buschfeuer erreicht worden? Eigentlich ganz schön viel. Der gemäßigte Liberalismus wurde von seiner Position als herrschendes Weltsystem verdrängt. Er war danach nur noch eine Alternative unter anderen. Und die Bewegungen der alten Linken konnten sich nicht länger als Motor irgendeiner Form von grundlegenden Veränderungen präsentieren. Aber der unmittelbare Triumphalismus der Revolutionäre von 1968, befreit von jeglicher Unterordnung unter den*

---

<sup>29</sup> Arrighi, Hopkins, Wallerstein (1989) argumentieren bereits, es habe *nur zwei Weltrevolutionen gegeben. Eine fand 1848 statt. Die zweite fand 1968 statt. Beide scheiterten historisch. Beide transformierten die Welt.* Auf dieser Linie bewegt sich Wallerstein auch hier. 1918 liegt aus seinem Blickwinkel wohl in der Zeit des letzten der *dreißigjährigen Kriege* und erfasst nur die europäische *Großregion*. Das gilt zwar auch für 1848, aber da ist Europa das Zentrum einer sich gerade herausbildenden imperialen Aufteilung der Welt. Und 1848 setzen sich – wie 120 Jahre später auch – mit der Niederlage der Revolutionen neue Formen der Legitimation und Absicherung von Herrschaft durch.

*gemäßigten Liberalismus, erwies sich als oberflächlich und unhaltbar* (Wallerstein 2010, 6f).

Danach zeichnet er, in der Gegenwart angekommen, für die B-Phase des Kondratieffschen Zyklus, in der wir uns in seiner Sicht gegenwärtig befinden, die Entwicklung und Krise des neoliberalen Projekts in großen Linien nach. So kommt er über die Neo-Zapatistas, Seattle und Porto Alegre auf der einen und die Reorganisation der herrschenden Eliten über G7 und das World Economic Forum in Davos zu einer Konstellation, die er als *die Schlacht (...) zwischen dem Geist von Davos und dem Geist von Porto Alegre* bezeichnet.<sup>30</sup> Sie werde *mittelfristig*, also für die kommenden 20 bis 40 Jahre die Auseinandersetzungen kennzeichnen. Das wäre, in meinen Worten, eine Schlacht zwischen den Anhängern einer neoindividualistischen, elitären *Weltanschauung*<sup>31</sup>, wie sie unter den herrschenden Eliten dominiert, und einer entgegengesetzten Auffassung, die unterschiedliche kulturelle Lebensräume zu ihrer einander wechselseitig bereichernden Entfaltung kommen lassen will. Sie sieht, ganz in der Tradition der radikalen Französischen Aufklärung, die menschliche Lebenswelt wesentlich geprägt durch eine *geteilte Wir-Intentionalität* gesellschaftlicher Individuen (Tomasello 2009, Martens 2014b), die als einzige Lebewesen auf diesem Planeten zu wirklicher Kooperation und (politisch) zu Solidarität befähigt sind. Es geht in dieser Schlacht, so Wallerstein weiter, um *die Suche (der herrschenden Eliten) nach einem neuen nicht-kapitalistischen System, das dessen schlimmsten Merkmale fortführt – Hierarchie, Ausbeutung, Polarisierung“ (...)* oder einem System, „*das relativ demokratisch und relativ egalitär ist* (620f, Hervorhebungen H. M.).

Interessant ist schließlich auch Wallersteins These, dass es heute auf eine Orientierung ankomme, die darauf ziele *die Pein zu minimieren*, was das System noch nicht verändere, aus der sich dann die Frontlinien für die mittelfristig zu entscheidende *Schlacht* ergäbe. Ferner auch die These, dass es nur relative Veränderungen geben werde, jedoch *niemals eine völlig eingeebnete Welt* (a. a. O. 621), in diesem Sinne aber immerhin *einen möglichen Fortschritt*. Drei Punkte sind mir hier besonders wichtig:

In Wallersteins Skizze spielt zum ersten das Denken der diversen Marxismen theoretisch keine herausgehobene Rolle. Damit meine ich: so sehr für Wallerstein ein

---

<sup>30</sup> Siehe Wallerstein 2010, 13f. Die einen (im Lager des Geistes von Porto Alegre H. M.) erhoffen sich *eine höchst dezentralisierte Welt, in der eine vernünftige langfristige Ressourcenverteilung dem ökonomischen Wachstum vorgezogen wird und in der Innovationen möglich sind, ohne ein abgeschottetes Expertentum zu schaffen.* (...Die anderen haben) *schon immer stärker auf eine Transformation von oben gesetzt, durch Kader und Spezialisten, die sich für aufgeklärter als die übrigen halten. Statt größerer Dezentralisierung streben sie ein noch stärker koordiniertes und integriertes Weltsystem an, eine formale Gleichheit ohne wirkliche Erneuerung und ohne die Geduld, einen tatsächlich universellen, aber vielfältigen Universalismus herauszubilden* (Wallerstein 2010, 14f).

<sup>31</sup> Es sei hier daran erinnert, dass die Mont Pèlerin Society 1947 als internationale Akademie und *Weltanschauungsgemeinschaft* gegründet wurde. Wallerstein (2010, 14) unterscheidet auf ihrer Seite zwischen einer radikal elitären Strömung, ganz im Geist des frühen Neoliberalismus der 1920er Jahre, und einer zweiten, die stark leistungsorientiert denkt und Herrschaft durch weniger repressive Formen aufrechtzuerhalten sucht.

an Marx anschließendes Verständnis der Herausbildung und Geschichte eines kapitalistischen Weltsystems und seiner ökonomischen Funktionsmechanismen kennzeichnend ist, in dem *die Kunst die Völker zu plündern, ohne sie zugleich zum Aufstand zu treiben* - so schon der französische Aufklärer Condorcet (1766) – bei der Etablierung der verschiedenen *hegemonialen Zyklen* ihre Rolle spielen, so wenig denkt er in hegelmарxistischer Tradition. Und ebenso wenig setzt er auf ein durch diesen historischen Prozess ‚an sich‘ konstituiertes historisches Subjekt.<sup>32</sup> Er kennt hier keinerlei Teleologie. Deziidiert wird das im Schlussabsatz des Aufsatzes von 2010 formuliert. Es heißt da: *Und schließlich dürfen wir uns in keiner Weise dem Gefühl hingeben, die Geschichte sei auf unserer Seite, die gute Gesellschaft werde so oder so kommen. Die Geschichte ist auf der Seite von niemandem* (a. a. O. 16).

Zum zweiten gewinnt für ihn, anders als in den seit 1918 zur Herrschaft gelangten marxistischen Strömungen, der mit der Französischen Revolution eingeleitete Epochenbruch im Zeichen einer *neuen Ordnung der Dinge* unter Betonung der demokratische Frage besonderes Gewicht. Die Französische Revolution wird also politisch als zentraler Einschnitt behauptet. Die Forderung nach Brüderlichkeit, besser Geschwisterlichkeit der Menschen als zu Empathie begabten Wesen und die nach dem durchaus spannungsreichen Verhältnis ihrer Freiheit und Gleichheit ordnet sich der Demokratiefrage zu. Durchaus folgerichtig, spricht Wallerstein in diesem Zusammenhang von herrschenden Eliten und nicht von Klassen.<sup>33</sup> Während Dario Azzellini in seiner Analyse der neuen sozialen Protestbewegungen 2010/11 von der *Rückkehr der Klasse* spricht<sup>34</sup> ist Wallerstein hier in dem Umgang mit der *Nicht-Klasse* des Proletariats bei Marx – so Jacques Rancière zutreffend - vorsichtiger.

Und schließlich ist der Fortschrittsbegriff hervorzuheben, den Wallerstein benutzt. Wie oben skizziert stützt sich seine Argumentation ja auf die Analyse eines mehrhundertjährigen Prozesses der Herausbildung des heutigen Weltsystems. Aber sehr zurückhaltend spricht er in diesem Zusammenhang für unsere Gegenwart von einem *möglichen Fortschritt*“ in Gestalt *relativ* egalitärer und *relativ* demokratischer Verhältnisse. Seine Formulierungen verweisen damit auf all die Fragen – und die mehr oder weniger vorläufigen Antworten großer DenkerInnen auf sie -, die mich in den letzten Jahren zentral beschäftigt haben.

---

<sup>32</sup> Zu meiner in diesem Punkt an A. Schmidt (1977) angelehnten Interpretation der Position von Marx selbst vgl. Martens 2014c.

<sup>33</sup> Von dieser Akzentsetzung Wallersteins ergibt sich eine unmittelbare Anknüpfung an die demokratiethoretischen Fragen, wie sie im Zentrum dieses Essays stehen, etwa in Auseinandersetzung mit dem Demokratieverständnis bei Helmuth Plessner und Hannah Arendt (Martens 2016, 120-149 ). Mit seiner vorrangigen Betonung der demokratischen Frage an Stelle der damit ja keinesfalls erledigten Eigentumsfrage sehe ich mich im Übrigen mit meinen eigenen Überlegungen zu *Arbeit und Demokratie* (Martens 2020) bestätigt.

<sup>34</sup> Azzellini (2014, 508ff) lässt allerdings die Frage in der Schwebe, ob er die neu aufbrechenden sozialen Konflikte dann auch in marxistischer Tradition als Klassenkämpfe interpretiert und welchen Klassenbegriff er dazu heranziehen will.

Der Frage nach den Chancen des sozialen, aber auch des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wäre an dieser Stelle noch einmal gezielter nachzugehen. Zwei Fragen, die ich hier nur am Rande streifen kann, möchte ich dazu zunächst noch einmal benennen. Beiden bin ich seit meinen Reflexionen über die Herausforderungen und Chancen zu einer *politischen Subjektivierung* im Hinblick auf weitere zivilisatorische Fortschritte (Martens 2014a) wiederholt nachgegangen.

Da ist einmal die Problemstellung des mit der Herausbildung dieses Weltsystems verknüpften zivilisatorischen Prozesses, den Elias gewissermaßen „von oben“ her betrachtet hat und zu der Foucault – beginnend mit der *neuen Ordnung der Dinge* seit der Zeit der französischen Revolution im Blick „von unten“ Prozesse und Mechanismen der Selbstunterwerfung der Beherrschten, aber auch Möglichkeiten ihrer Selbstbefreiung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt hat.<sup>35</sup> In diesen Prozessen stecken wir offenkundig noch mitten drin, und Krisenphasen wie die gegenwärtige sind geeignet, uns zweierlei vor Augen zu führen: Das eine ist, dass *die Decke unserer Zivilisation* augenscheinlich sehr dünn ist; oder in den Worten, die die Schriftstellerin Christa Wolf dafür in ihrem letzten Roman *Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud* gefunden hat:

*Die entscheidende Frage ist doch, wie dick und wie haltbar die Decke unserer Zivilisation ist. Wie viele vernichtete sinnlose, perspektivlose Existenzen sie tragen kann, bis sie an dieser oder jener Stelle reißt, dort, wo sie mit heißer Nadel genäht ist. Und was dann?*<sup>36</sup>

Das andere ist die Perspektive, die der Philosoph und Wissenschaftler Foucault angesichts der Gefahr gezeichnet hat, dass wir von diesem Planeten verschwinden könnten, so wie ein in den Strand gezeichnetes menschliches Gesicht bei der nächsten Flut, als er schrieb, dass wir vor der Herausforderung stünden,

*durch historische Analyse das, was als wahr gilt, in seiner Selbstverständlichkeit aufzubrechen, um den Menschen zu befreien und ihn zu ermutigen, sich zu einer ‚Denkweise‘ vorzuwagen, die bisher unserer Kultur unbekannt ist* (Foucault 1971, 408)<sup>7</sup>.

Das führt weiter zu der Frage nach einem realistischen Bild unserer menschlichen Potentiale zur Herstellung egalitärer und demokratischer Verhältnisse, die die radikalen französischen Aufklärer als Herausforderung zu einem *klarsichtige(n) und gelassene(n) Erkennen unseres Platzes in der Natur als hochintelligente, emphatisch veranlagte Primaten* verstanden haben (Blom 2010, 18, Martens 2014d). Es ist eine Frage, an die in der Tradition der europäischen Aufklärung Denker\*innen wie Helmuth Plessner oder Hannah Arendt angeschlossen haben (Martens 2013 und 2014a) und zu der uns heute neuere Ergebnisse anthropologischer Forschung oder die Einsichten von Psychologen (Gruen 2015) oder aus neuerer Forschung zur

---

<sup>35</sup> Siehe in Bezug auf Michel Foucaults Denken und meine Auseinandersetzung mit der frühen Habermasschen Kritik daran zuletzt Martens 2020, 147-176 sowie 193—199.

<sup>36</sup> Hier zitiert nach Martens 2014c, 28.

Entwicklung menschlicher Sprachfähigkeit (Tomasello 2011 und 2020) neue Aufschlüsse geben.<sup>37</sup>

Nach diesem kleinen Exkurs komme ich noch einmal auf Arendt zurück. Deren Anknüpfung an die europäische Aufklärung und das demokratische Projekt der Moderne ist mit einem ausgesprochen kritischen Blick eine auf einen kapitalistisch geprägten ‚Fortschritt‘ von Industrialisierung, Wissenschaft und Technik verbunden, den sie unter die Formel *losgelassener Prozesse* bringt (Arendt 2003, 487). Diesem kritischen Blick kann man nicht ausweichen, wenn man die Aufklärung neu zu denken fordert. Insbesondere im Hinblick auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt spricht Arendt in ihrem Denktagebuch (2003,487) im Zuge des Übergangs von der *Natur-* zu einer *Universalwissenschaft* geradezu von einem *losgelassenen Verzehrungsprozess*. Ihre Überlegungen, im Schlusskapitel von *Vita activa* wie auch in ihrem Denktagebuch lesen sich fast wie eine vorweggenommene Kritik an der Luhmannschen Systemtheorie (vgl. Martens 2014, 129ff). Sie macht darauf aufmerksam, dass *die im Experiment auftauchenden Naturdinge (...) nichts (sind) als Funktionen und Exponenten (eines) Prozesses*, und dass damit *der Prozessbegriff* ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt (Arendt 1967, 289). Dies gelte schließlich auch für eine Sozialwissenschaft, die nur noch von systemisch verselbständigten Prozessstrukturen handle und die Menschen nicht länger als Gegenstand soziologischer Theoriebildung behandeln wolle. Dagegen betont sie immer wieder die Pluralität der Menschen als denkende und handelnde Wesen und beharrt geradezu emphatisch auf der Möglichkeit des *Wunders der Politik*.<sup>38</sup>

Es geht hier um nichts weniger als um eine Infragestellung des einigermaßen naiven, linearen Fortschrittsglaubens unserer Zeit, ökonomisch wie wissenschaftlich und technologisch. Nach Überschreiten des Scheitelpunkts einer weiteren langen Welle der Konjunktur sowie angesichts der ökologischen Krisendrohungen gewinnt dieser Gedanke, der keinesfalls mit Wissenschaftsfeindlichkeit zu verwechseln ist, neue Aktualität. Und im Übrigen mutet im Kontrast zum herrschenden naiven Fortschrittsdenken in Bezug auf den wissenschaftlich-technischen, und damit verknüpft auch ökonomischen Fortschritt in Gestalt stetigen Wachstums, die Annahme ausgesprochen merkwürdig an, dass mit der gegenwärtig erreichten Institutionalisierung unserer repräsentativen Demokratie im Hinblick auf

---

<sup>37</sup> Zur neueren Diskussion der Arbeiten Tomasellos siehe auch Martens 2014b. Die von ihm selbst gezogene Summe seiner Arbeiten (Tomasello 2020) ist darin selbstverständlich noch nicht berücksichtigt. Sie führt jedoch nicht zu substanziellen Veränderungen der Debatte, auf die ich mich seinerzeit bezogen habe. Gruens jüngster Beitrag zur Diskussion um einen streitbaren Pazifismus weist enge Bezüge zu entsprechenden anthropologischen Grundpositionen auf, die alle an die Fragen des *vergessenen Erbes* (Blom 2011) der radikalen französischen Aufklärung nach dem Platz des Menschen als empathiefähigem, hochintelligentem Wesen in der Natur anschließen. Sein Aufsatz endet mit den Worten: *Wenn wir Liebe als Fürsorgeverhalten mit Überlebensvorteil definieren, dann ist Liebe ein entscheidendes Merkmal unserer Evolution. Es ist unsere Aufgabe, diese Interaktion zu unterstützen. Nicht Profit, Eigenvorteil und Größe, sondern Empathie und Kooperation führen uns in eine Zivilisation, die menschlicher ist als die gegenwärtige* (Gruen 2015, 126).

<sup>38</sup> Siehe dazu Arendt 1993, 34f, sowie ausführlich zu der hier von mir umrissenen Argumentation Martens 2014, 129ff sowie zu meiner Luhmann-Kritik Martens 2013, 160 – 181.

demokratische Fortschritte das ‚Ende der Fahnenstange‘ ein für allemal erreicht sein soll.

Das neoliberale Rollback - verstärkt durch die Implosion des angeblich schon real existiert habenden Sozialismus<sup>39</sup> und das damit vermeintlich eingetretene ‚Ende der Geschichte‘<sup>40</sup> – hat in genau dieser merkwürdig selektiven Betrachtungsweise auf einen linearen Fortschrittsglauben gesetzt. Heute jedoch sieht man, dass ein so gedachter Fortschritt ins Stocken gerät und dass sich angesichts des Endes der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik vor uns zunehmend höhere Problemwolken auftürmen (Zinn 2015). Und wieder einmal sind Teile der Konservativen unter den herrschenden Eliten im Zweifel bereit, sich auch auf populistische Strömungen zu stützen, die strategisch darauf zielen die institutionellen Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie systematisch auszuhöhlen und im geeignet erscheinenden Augenblick womöglich auch umzustürzen. Zugleich versucht man uns aber mit zunehmend leeren Fortschrittsversprechen zu vertrösten, die mittlerweile nicht einmal mehr für die halbe Welt noch wirkliche Substanz haben. Für die Menschen unserer *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft* geht es heute ja nicht mehr um die Erwartung, dass es ihre Kinder einmal besser haben sollen, vielmehr nur noch darum, wenigstens das Wohlstandsniveau ihrer Eltern zu halten. Aber die sozialen Spaltungsprozesse der Gesellschaft setzen sich fort, Wir erleben den fortgesetzten *Aufstieg einer neuen globalen Geldelite und den Abstieg aller anderen*.<sup>41</sup> Doch die bei uns so weiter fortschreitenden sozialen Spaltungsprozesse werden von denen gegenüber den Staaten des globalen Südens, und erst Recht von denen innerhalb ihrer Gesellschaften, bei weitem überboten. Die Klimakrise schließlich bedroht uns alle – allerdings unmittelbar höchst unterschiedlich stark.

#### **4. Den Kampf um den öffentlichen Raum neu aufnehmen**

Wie in den voranstehenden Kapiteln umrissen, sind im Zuge einer stetig fortschreitenden Zuspitzung multipler Krisenentwicklungen neue soziale Bewegungen entstanden. Beunruhigender Weise ist nach dem Ende der sozialen Bewegungen der Jahre 2010/11<sup>42</sup> vor allem ein Anschwellen rechtspopulistischer Strömungen und Parteien zu beobachten, aber es gibt auch neue

---

<sup>39</sup> Von Rudi Dutschke stammt das Bonmot, dass am real existierenden Sozialismus alles real sein möge, nur nicht der Sozialismus.

<sup>40</sup> Francis Fukuyama (1989) hat mit dieser problematischen Formulierung auf das Scheitern der teleologischen Geschichtsphilosophie gezielt, die sicherlich einen wesentlichen Moment des *prophetischen* Marxismus (Camus) ausgemacht hat. Zu seiner Zielvorstellung einer *posthistorischen Welt der Anerkennung* in der späteren Buchveröffentlichung (Fukuyama 1992) siehe die bemerkenswert vorsichtige, aus meiner Sicht zu zurückhaltende Auseinandersetzung bei Gerd Peter 2020, 215ff.

<sup>41</sup> Im Titel der deutschen Übersetzung (Freeland 2013) findet sich der zweite Teil des Originaltitels nicht. Zur sozialen Spaltung unserer westlichen Gesellschaften siehe auch Piketty.20014.

<sup>42</sup> Wie Roland Rorh (2012) zeigt, sind die Protestbewegungen der Jahre 2010/11 an Heftigkeit und Umfang nur mit denen der Jahre 1968 und – auf Osteuropa bezogen – 1989 zu vergleichen. Im Einzelnen siehe das Schwerpunktheft der Zeitschrift PROKLA (2014) sowie das Kapitel *Europakrise und neuer Protestzyklus Impuls auch zur Erneuerung der Gewerkschaften* in Martens 2016, 68-101.

Gegenbewegungen von links. Für den Verlauf dieser Entwicklungen sind unzweifelhaft das Internet und die neuen ‚sozialen Medien‘ von großer Bedeutung. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, dass z.B. neu aufbrechende Konflikte gewissermaßen in Jetztzeit weltweit verbreitet und so in bislang unbekannter Weise folgenreich werden können.<sup>43</sup> Eine wesentliche eher strukturelle Folge davon ist weiterhin, dass das Meinungsbildungsmonopol von Presse, Rundfunk und Fernsehen durch eben diese Entwicklung aufgebrochen worden ist. Auf neue Weise - und ggf. von Interessierter, handlungsmächtiger weil finanzstarker Seite ganz gezielt forciert – entstehen geradezu Parallelwelten, wenn und weil sich Millionen Menschen plötzlich nur noch über einen dieser neuen Informationskanäle informieren.

Allerdings war es schon immer so, dass die klassischen Medien als sogenannte ‚vierte Gewalt‘ in ganz maßgeblicher Weise die öffentliche Meinung konstituiert haben, denn die Medien verfügen über die Macht Themen zu setzen, oder jedenfalls ganz entscheidend darauf Einfluss zu nehmen, *wie* bestimmte Themen diskutiert werden oder *wer* zu ihrer Diskussion als ausgewiesener Experte gilt und herangezogen wird. Es gibt hier also Filter und Selektionsmechanismen. Man kann das zum Beispiel sehr gut daran zeigen, wie intensiv im Jahr 2020 die Corona-Krise zu dem öffentlichen Thema überhaupt gemacht worden ist - sicherlich nicht ohne gute Gründe - und wie vergleichsweise begrenzt davor die öffentliche Aufmerksamkeit geblieben ist, die die gleichen Medien in Bezug auf die zunehmend bedrohlicher erscheinende Klima-Krise hergestellt haben – ebenso sicher ohne besonders gute Gründe.<sup>44</sup> Man sollte allerdings festhalten, dass die drohende Klimakrise mittlerweile mehr öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht – sei es infolge von Fridays for Future, sei es deswegen, weil eine zunehmende Zahl von Naturkatastrophen die drohende große Katastrophe ankündigt.

Solche Selektionsmechanismen und Filter sind in der Vergangenheit nicht allzu oft systematisch analysiert worden. Für die in Deutschland geführten Debatten könnte man auf Hans Magnus Enzenbergers Analysen der *Bewusstseinsindustrie* in den fünfziger und sechziger Jahren und seinen wenige Jahre später veröffentlichten

---

<sup>43</sup> In den in der voranstehenden Fußnote genannten Analysen ist auf diesen Umstand mehrfach hingewiesen worden.

<sup>44</sup> Man könnte in diesem Zusammenhang auch auf die öffentliche Resonanz auf Rezos glänzend gemachten Blog *Die Zerstörung der CDU* verweisen (vgl. Martens 2019, 6-15). Der hat zunächst einmal deutlich gemacht, wie bemerkenswert groß die ‚blinden Flecken‘ der medial hergestellten öffentlichen Meinung tatsächlich sind. und dafür am Ende sogar den Henry-Nannen-Preis erhalten, An den ersten Tagen, also noch vor der Europawahl, zu der er erschienen und vor der er millionenfach aus dem Netz heruntergeladen worden ist - ist Rezos Blog mit einigem Respekt und leidlich differenziert aufgenommen worden (FAZ 20,05., Spiegel-Online). In der weiteren Diskussion wurde er jedoch wesentlich auf die drohende Klimakatastrophe reduziert. Das lag nahe weil in den Meinungsumfragen – u.a. vor dem Hintergrund von Fridays for Future – die unbewältigten ökologischen Herausforderungen als wichtigstes Motiv für die Wahlentscheidung für die Grünen genannt wurde. Die sozialen Spaltungsprozesse in unserer Gesellschaft und Insbesondere Rezos Kritik an dem alltäglich gewordenen drohenbewehrter *Krieg gegen den Terror*, in Nahost, maßgeblich vom, US-Stützpunkt Rammstein aus geführt, ist hingegen in den Medien unverändert ein Nicht-Thema geblieben.

*Baukasten zu einer Theorie der Medien* verweisen (Enzensberger 1964 und 1970). Weiter wären Pierre Bourdieus Analysen der *verborgenen Mechanismen der Macht* aus den 80er Jahren zu erwähnen, die hierzulande immerhin nach der Jahrtausendwende systematischer zugänglich gemacht worden sind. Schließlich könnten einem auch einige kritische Bemerkungen von Jürgen Habermas aus dem Jahr 2011 in den Sinn kommen. Alle diese Kritiken sind wichtig, und sie verweisen auf Punkte, die zweifellos gut begründet sind.

Lange vor dem Auftauchen der sogenannten neuen sozialen Medien hat Enzensberger in der Einleitung zu seiner Untersuchung über die *Bewusstseinsindustrie vom Journalismus als Eiertanz* geschrieben:<sup>45</sup>

*Unstrittig ist die Presse ein Kind des bürgerlichen Zeitalters.(...) erst das aufsteigende, schließlich siegreiche Bürgertum hat ihnen (den Rechten und Pflichten öffentlicher Bekanntmachungen) Geltung verschafft. Seitdem ist die Presse verpflichtet, alle Bürger über alle öffentlichen Angelegenheiten zu unterrichten.*

Auch heute noch sei der Zustand, in dem die Presse sich befinde, *ein zuverlässiges Indiz für das Maß an innerer Freiheit, das sich eine Gesellschaft bewahrt hat*. Dabei habe die Presse allerdings *kein anderes Korrektiv als die unartikulierte Konkurrenz der Zeitungen untereinander, das Votum der Abonnenten und das Ventil der Leserbriefe*. Mit dem allerdings könne die Redaktion einer jeden Zeitung *nach Gutdünken verfahren*. In seiner Analyse des Politikteils von neun aufeinander folgenden Nummern der FAZ<sup>46</sup> findet er eine *Sprache der Herrschaft* sowie den starken Eindruck, *als wäre, was diese Zeitung im von ihm beobachteten Zeitraum im Politikteil veröffentlicht, unter Zensur geschrieben (...), aber nicht von Amts wegen, vielmehr von der Öffentlichkeit ausgeübt*. An einer solchen Zeitung sei *nichts zu entzaubern: sie bedürfe keiner Hintermänner; jeder ihrer Verantwortlichen sei sein eigener Hintermann* (a. a. O. 71f). Zu befürchten sei allerdings, dass der Anspruch dieser Zeitung *unser Land zu repräsentieren (...)* *nicht ganz aus der Luft gegriffen ist*.

Ein zweiter Text in Enzensbergers Buch zielt auf die *Sprache des Spiegels*.<sup>47</sup> Er argumentiert, dass der redaktionelle Inhalt des *Nachrichtenblatts* tatsächlich nicht aus Nachrichten sondern aus einer *Sammlung von ‚Stories, von Anekdoten, Briefen, Vermutungen, Interviews Spekulationen, Klatschgeschichten, Anekdoten und Bildern* bestehe (a. a. O. 84). Was beiden Analysen gemeinsam sei ist, so Enzensbergers

---

<sup>45</sup> Siehe Enzensberger 1962 Einzelheiten I. *Bewusstseinsindustrie, Journalismus als Eiertanz*). Die folgenden Zitate finden sich auf den Seiten 19, 22 und 23.

<sup>46</sup> Enzensberger betont erhebliche methodische Probleme seiner Analyse. In ihr behandelt er verteidigungspolitische Inhalte eines journalistischen *Feldzuges*, den die FAZ, so seine Interpretation, in den damaligen Zeiten des Kalten Krieges *zugunsten des Verteidigungsmisters Strauß* geführt und der ihr eine Art Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen international bedeutsamen Tageszeitungen verschafft habe (siehe zusammenfassend Enzensberger 1962, 52f) tut hier nichts zur Sache.

<sup>47</sup> Sie stammt bereits aus dem Jahr 1957 und wurde zuerst in einer Sendung des Süddeutschen Rundfunks veröffentlicht.

Feststellung, dass es diesen beiden Leitmedien – und als solche haben sie sich über die seitherigen sechzig Jahre hinweg erfolgreiche behauptet – nicht einfach, bzw. im Falle des Spiegel im Grunde überhaupt nicht, um die Verbreitung von Nachrichten gehe, sondern um deren Verarbeitung in *Nachrichtenpolitik*. Es gehe um die Verbreitung von Deutungen des politischen Geschehens bzw., so dezidiert in Bezug auf den Spiegel, die Erzeugung einer Leserschaft *als (seine) eigene Existenzgrundlage* dadurch, dass ihm als Leser dieser Zeitschrift mit dem Mittel der *Story* suggeriert wird, *hinter die Kulissen unseres lärmenden Welttheaters* schauen zu können und so *eine Überlegenheit* zu erlangen, *die er in Wirklichkeit nicht besitzt*.<sup>48</sup>

Seinen *Baukasten zu einer Theorie der Medien* hat Enzensberger sechs Jahre später, fast noch zu Zeiten des Höhepunkts der damaligen Studentenbewegung vorgelegt, als vom Internet noch keine Rede war. Der Text liest sich wie ein Versuch, die Medienpraxis von 1970 zu überholen. Enzensberger schreibt einem damals noch imaginären Netz der Zukunft fast schon utopische Möglichkeiten zu. *Die neuen Medien seien ihrer Struktur nach egalitär und eine freie sozialistische Gesellschaft werde sie produktiv machen können und die die Selbstorganisation der beteiligten ermöglichen*.<sup>49</sup> Die emanzipatorische Potenz neuer elektronischer Medien steht für ihn außer Frage. Und ganz in der Tonlage damaliger Debatten schreibt er:

*Ein unmanipuliertes Schreiben, Filmen und Senden gibt es nicht. Die Frage ist daher nicht, ob die Medien manipuliert werden oder nicht sondern wer sie manipuliert. Ein revolutionärer Entwurf muss nicht die Manipulation zum Verschwinden bringen; er hat im Gegenteil jeden zum Manipulateur zu machen.*

Das alles zielt auf Ideologiekritik, und die ist hier nicht mein Thema. Wichtig ist mir ein anderer Aspekt, den Hannah Arendt, ganz in der Tradition der Aufklärung, in ihrem Vehementen Plädoyer für die Bedeutung von Freier Presse und Meinungsvielfalt für eine lebendige Demokratie in ihrer vergleichenden Analyse von amerikanischer und Französischer Revolution entfaltet hat<sup>50</sup> - wobei sie aber die Ambivalenz der medialen Herstellung von Öffentlichkeit nicht näher analysiert. Sie verweist in ihrer Analyse – gegen Marx - darauf, dass Interesse und Meinung *als*

---

<sup>48</sup> Die Zitate finden sich a. a. O. auf den Seiten 82 und 93.

<sup>49</sup> Siehe Enzensbergers Argumentation insbesondere in seinen Thesen 6 bis 10 (Enzensberger 1970, 167-171). In einem *Das digitale Evangelium* betitelten Rückblick auf seinen Essay wird dreißig Jahre später im Spiegel (1970) solches Setzen auf die ‚*Entfaltung der Produktivkräfte*‘, als *eine materialistische Variante der christlichen Trias von Glaube, Liebe und Hoffnung* kritisiert und ergänzt, dass *heute (...) auf derartige Verheißungen nur die Evangelisten des digitalen Kapitalismus schwören* wurden. Der daran anschließenden Empfehlung zu *eine(r) gewisse(n) Nüchternheit* wäre allerdings hinzuzufügen, dass Enzensbergers Hoffnungen auf emanzipatorische Potenziale immerhin mit nicht weniger als einer sozialistischen Veränderung der Eigentumsverhältnisse verknüpft gewesen sind. Berechtigt an der rückblickenden Kritik im *Spiegel* dürfte allerdings sein, dass sich aus einer Entfaltung der Produktivkräfte keineswegs wie von selbst auch eine Schärfung der menschlichen Urteilskraft ergeben muss.

<sup>50</sup> Siehe Arendt 1974, 292ff.

*grundsätzlich voneinander unterschiedene politische Phänomene* anzusehen seien, und dass *Meinungen* nur dort *entstehen, wo Menschen frei miteinander Verkehr pflegen und das Recht haben, ihre Ansichten öffentlich kundzutun*. Der herausragende Stellenwert einer freien Presse für den damit angezielten klassischen Raum politischer Öffentlichkeit liegt auf der Hand.<sup>51</sup> Was Arendt hingegen nicht reflektiert, ist dass solche Meinungen einzelner gesellschaftlicher Individuen letztlich immer im Kontext mehr oder weniger konsistenter oder eben auch widersprüchlicher Vorstellungen vom politischen Geschehen in einer jeweils gegebenen Gesellschaft insgesamt ausgebildet werden. Es geht also immer auch um politische Weltbilder; die in den Medien gezeichnet werden. Und ganz selbstredend ist es so, dass jedes Medium in der Weise an einer öffentlichen Meinungsbildung beteiligt ist, dass es selbst Meinungen im Rahmen seiner *Nachrichtenpolitik* in den öffentlichen Prozess einbringt. Enzensbergers Analyse der *Sprache des Spiegel* ist, so gesehen, nichts anderes als die Analyse eines bestimmten geschäftlichen Erfolgsmodells.

In unserer heutigen Zeit erweist sich nun das Internet<sup>52</sup> als ein Instrument, das in offenen Gesellschaften zweierlei ermöglicht: zum einen den offenen Meinungsaustausch über eine im Prinzip allen zugängliche neue Plattform, zum anderen die günstige Gelegenheit Meinungen unkontrolliert manipulativ zu beeinflussen, faked News gezielt zu verbreiten usw. Als ein Medium, in dem die Macher der sogenannten neuen sozialen Medien mittels der Werbung gewaltige Gewinne und im Wege der Sammlung von großen, entsprechend analysierten Datenmassen von ihren Nutzern gleichermaßen große Macht anhäufen, ermöglicht die mit der Digitalisierung und dem Netz verknüpfte Produktivkraftentfaltung also nicht nur Chancen für die einzelnen Vielen. Sie bringt vielmehr, wie gegenwärtig vielfältig gezeigt werden kann, unter privatwirtschaftlichen Eigentumsverhältnissen erhebliche Risiken für einen ohnehin erodierenden Raum bürgerlicher Öffentlichkeit mit sich.

Im Licht der aktuellen multiplen Krisenentwicklungen ist weiter an Bourdieus Überlegungen dazu zu erinnern, wie das Zusammenspiel von herrschendem Politikbetrieb und dessen medialer Flankierung geeignet sind, die *verborgenen Mechanismen der Macht* zu verdecken. Seine Analysen sind bitter ernst zu nehmen.<sup>53</sup> Und wie noch am aktuellen Beispiel der USA zu zeigen sein wird, erweisen sich seine Analysen aus den 1980er Jahren (Bourdieu 2005) als

---

<sup>51</sup> Arendt verweist in diesem Zusammenhang im Übrigen weiter darauf, dass der Senat, nach den Vorstellung der *gründenden Väter* der amerikanischen Republik *ursprünglich (...) als das Medium gedacht war, durch welches alle öffentlichen Ansichten erst einmal hindurchgehen müssen, um auf ihre politische Tragfähigkeit geprüft zu werden!* Die Idee der Auctoritas des römischen Senats steht hier im Hintergrund – und die heutige Wirklichkeit hat sich weit davon entfernt! Alle Zitate im obigen Text und dieser Fußnote finden sich bei Arendt 1974, 292.

<sup>52</sup> In dem die Macher der sogenannten neuen sozialen Medien mittels der Werbung gewaltige Gewinne und im Wege der Sammlung von gewaltigen, entsprechend analysierten Datenmassen von ihren Nutzern Macht anhäufen.

<sup>53</sup> Ich bin in jüngerer Zeit verschiedentlich darauf eingegangen. Vgl. zuletzt, im Zusammenhang mit Frieder. O. Wolfs radikaler Herrschaftskritik, Martens 2019, 122.

ausgesprochen scharfsinnig. Das gilt zum Beispiel dort, wo er konstatiert, dass *Fernseh- oder Radiodebatten, geistvolle Leitartikel etc., die das Leben der Demokratie auszumachen scheinen, (...) einen außerordentlichen Zensureffekt ausüben (... können), indem sie die wirklichen Probleme verdecken* (a. a. O. 130) Mit ihm, der ja auch zu unserer philosophischen Tradition gehört, ist gegen solches Verdecken an seitens der Intellektuellen *die Respektlosigkeit gegenüber jeglicher Macht zu fordern* (a. a. O. 88). Oder es gilt, in Bourdieus Worten für die Soziologen, *die wahren Fragen (...) zu (stellen), die der ununterbrochene Diskurs des Journalismus verbirgt* (a. a. O. 140). So schreibt er:

*Die Soziologie hat alle Mühe der Welt, sich einem großen Publikum verständlich zu machen. Dies, weil die Profis der öffentlichen Rede, die Medienverantwortlichen, die den Zugang zu einem großen Publikum kontrollieren, alle möglichen Gründe haben, der Verbreitung der wissenschaftlichen Erkenntnis der sozialen Welt Hindernisse in den Weg zu stellen* (a. a. O. 137).

Es geschehe *immer häufiger*, dass die Medien *versuchen, Themen und Gegenstände mit Hilfe von Umfragen und Interviews durchzusetzen* (a. a. O. 88). Solche Umfragen aber seien *eine Wissenschaft ohne Wissenschaftler*:

*Sie sind ein Instrument des Registrierens, das man für objektiv hält, weil es passiv ist, während die Wissenschaft immer damit beginnt, dass sie mit dem gesunden Menschenverstand, mit den Evidenzen etc. bricht. Doch die Meinungsforscher stellen Fragen des gesunden Menschenverstandes und verstehen es nicht, den tieferen Sinn der Antworten des gesunden Menschenverstandes, die sie erhalten, freizulegen. Sie erzeugen Artefakte, Sachen, die nicht existieren, die sie aus lauter Stücken herstellen* (a. a. O. 133).

Dagegen sei es, in seinen Worten *die erste Handlung des Forschers (...), die Fragen des gesunden Menschenverstandes und des Journalismus zu destruieren, die völlig anders neu zu stellen* (a. a. O. 137). Dazu aber müsse man, *die alltägliche politische Phantasie (...) aufspüren, ermutigen, unterstützen, orchestrieren, verallgemeinern, und zwar nicht nur mit den Dispositionen des Sozialingenieurs, sondern mit denen des Gärtners* (a. a. O. 102).

Habermas schließlich hat im Jahr 2011 in Bezug auf die Talkshows im Deutschen Fernsehen in einem Beitrag für die SZ mit letztlich ähnlicher Stoßrichtung konstatiert, dass deren muntere Kommentatoren *mit ihrem immer gleichen Personal einen Meinungsbrei an(rühren), der dem letzten Zuschauer die Hoffnung nimmt, es könne bei politischen Themen noch Gründe geben, die zählen*. Kennzeichnend ist ja in der Tat, neben einer durchgängig zu beobachtenden starken Personalisierung aller politischer Berichterstattung, dass diese Fernsehdebatten nach einem nahezu immer gleichen Muster ablaufen: Zugespitzt wird immer auf einen aktuell als besonders wichtig erachteten Punkt. Zu ihm sollen die Jeweils eingeladenen Experten Kurzanalysen und Lösungsvorschläge unterbreiten, wobei für einzelne Statements

kaum einmal mehr als vielleicht eine Minute vorgesehen ist. Unterstellt ist dabei im Grunde immer, dass sich jeweilige Probleme auch mehr oder weniger ‚punktuell‘ lösen lassen. Dass das jeweilige Problem so etwas wie ein Symptom übergreifender, strukturell verfestigter und bedingter Zusammenhänge sein könnte, wirklich aussichtsreiche Lösungsschritte also vielleicht doch Teil tiefgreifender Eingriffe sein müssten, ist durch diese Dramaturgie mithin von vorneherein nahezu ausgeschlossen.

## 5. Instrumente der Manipulation und emanzipatorisches Potenzial

Man sollte sich an dieser Stelle bei aller berechtigten Kritik zunächst einmal vor Augen führen, dass die ‚Medienlandschaft‘ in Deutschland immer noch um einiges erfreulicher aussieht als die in den USA. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten sichern immer noch eine Qualität journalistischer Arbeit, die dort, wo bei den Privaten Marktzwänge und Vermarktungsinteressen durchschlagen, massiv gefährdet sind. Allerdings ist die Konkurrenz der Privatsender auch hierzulande nicht folgenlos. Das Kriterium der Quote hat längst seine Kraft entfaltet. Und bei den Printmedien gibt es zwar noch eine gewisse Vielfalt, aber auch hierzulande wollen die Verleger Rendite sehen, und nicht zuletzt die Journalist\*innen sind zu ‚Vorreitern‘ flexibilisierter Arbeitsverhältnisse geworden – die einigen besonders erfolgreichen dann wiederum neue unternehmerische Spielräume eröffnet haben. Es geht auch hier um allgemeine Trends, deren Wirkungen sich allerdings am Beispiel der USA besonders prägnant aufzeigen lassen.

Damit bin ich wieder beim Anlass dieses Essays angelangt – und bei den in unserer Gegenwart offenkundigen und angesichts bestehender Herrschaftsverhältnisse höchst problematischen Folgen der inzwischen weiter vorangeschrittenen Digitalisierung. Im Zusammenhang mit den jüngsten Präsidentschaftswahlen in den USA war am 28. 10. 2023 in der Süddeutschen Zeitung (Moorstedt 2020) zu lesen: *Elf Milliarden Dollar wird ihre Kandidatur Joe Biden und Donald Trump insgesamt kosten, so Schätzungen, und ein immer größerer Teil wird in digitale Wahlwerbung investiert. Wahlwerbung aber sei in den USA kaum reglementiert. Den Kampagnen stehe ein großes Arsenal von moralisch fragwürdigen Werbetechniken zur Verfügung. Das exklusive Inventar der Datenbank Data Trust der Republikaner bestehe, so war dort weiter zu lesen, aus einer tiefgreifenden Datensammlung von mehr als 300 Millionen Menschen mit bis zu 2.500 Datenpunkten für jeden Einzelnen. Diese Datenbank ist seit sieben Jahren auf- und ausgebaut und schon vor vier Jahren genutzt worden. Die Demokraten sind nun bei der Wahl 2020 nachgezogen. Persönliche Kampagnen-Apps sind der Schlüssel gezielter manipulativer Werbung. Der Unterschied zwischen der Biden- und der Tump-App allerdings, so der Entwickler der letzteren, ähnele dem zwischen einem gebrauchten Pick-up-Truck und einem Ferrari.*

Nun mag sich der eine oder andere Leser der SZ ja vielleicht damit zu beruhigen versucht haben, dass Ferrari derzeit bei der Formel 1 nicht gerade vorne liegt. Die erneut beachtliche Diskrepanz zwischen Wahlergebnis und vorherigen Prognosen

bei den Präsidentschaftswahlen belehrt uns aber vielleicht doch eines Schlechteren. Doch das ist hier nicht der Punkt, und es hat ja immerhin knapp gereicht. Was aber im Licht dieses Zeitungsartikels ins Auge springt, ist der Umstand, dass die Wähler nicht als „mündige Bürger“ sondern als steuer- und manipulierbare Masse angesehen werden – und zwar auf beiden Seiten. Vielleicht kann man ja sagen, bei den Demokraten notgedrungen (auch), denn sie mussten nach Lage der Dinge bei den digitalen Kontroll- und Herrschaftstechniken erst einmal nachziehen, wenn sie eine Chance haben wollten. Doch man wird nur in Teilen Gründe für die Annahme finden, dass eine breit angelegte Aufklärung der Bürger\*innen hier wirklich zum zentralen Punkt im politischen Prozess der Gesellschaft gemacht worden ist. Eher scheint sie nur nachgeordnet wichtig gewesen zu sein. Aber darf es bei politischen Wahlen um eine Werbung gehen, die der für *Tomatensuppe* – und das war ja schon schlimm genug – nur noch entfernt ähnelt, weil stattdessen immer weiter ausgefeilte Herrschafts- und Manipulationstechniken zur Anwendung kommen?

Ich denke, diese Frage muss gestellt werden, weil man Moorstedts These *Sie haben keine Wahl* als eine bewusst überspitzte Polemik auch kritisch hinterfragen muss. Was seine Analyse des Wahlkampfs in den USA sehr prägnant zeigt ist, dass wichtige Teile der herrschenden Eliten sehr bewusst und gezielt Manipulationstechniken weiter entwickeln und verfeinern lassen, die dann zur Herrschaftssicherung eingesetzt werden sollen. Oder anders pointiert: auf dem politischen Meinungsmarkt, ebenso wie dort, wo die Wirtschaftsbürger\*innen als Konsumenten und Produzenten auftauchen, geht es für sie darum, zunehmend ausgefeiltere Techniken in die Hand zu bekommen, die die Einzelnen aus der Menge der Vielen besser beherrschen und steuerbar machen. Das ist im Kern der Traum, der hinter ihrem Bild einer ‚wohlgeordneten‘ Welt verborgen ist. Tatsächlich aber bleiben die, die so manipuliert und beherrscht werden sollen, aber Menschen mit ihren, letztlich naturgegebenen Potenzialen zu Empathie, Kooperation und Urteilsfähigkeit. Und selbstverständlich drückt sich dies nicht nur darin aus, dass sie als Wähler, die man manipulativ zu beeinflussen sucht, nach spezifischen Interessen entscheiden. Insoweit geht es also denen, die - über eine in den Medien unausweichlich immer ‚mitgegebene‘ *Nachrichtenpolitik* hinaus - ihre Manipulationsmacht auszubauen suchen, darum die breite öffentliche Erörterung und Abwägung solcher Interessen nicht zuzulassen sondern gezielt zu kanalisieren. Die emanzipatorischen Potenziale der Beherrschten kommen aber immer wieder auch in ihrem Zusammenhandeln zum Ausdruck, dem immer das individuelle Denken und der Austausch darüber – nicht zuletzt auch unter Nutzung der neuen Medien – zugrunde liegt. Soziale Protestbewegungen wie *Black Life Matters, me too* und *Fridays for Future* zeigen deshalb stets aufs Neue die Grenzen aller Manipulationsbemühungen. Die entscheidende Frage ist mithin, ob und wie Parteien und andere politische Organisationen dazu bereit und in der Lage sind, an solche emanzipatorischen Handlungsansätze und Prozesse nicht nur ‚anzudocken‘, sondern sich für sie zu öffnen, ihre Impulse aufzugreifen und dann ihrerseits zu einem produktiven Austausch über weitergehende Perspektiven einer emanzipatorischen Politik beizutragen, also für ein politisches Zusammenhandeln, das den Raum der Politik als

einen Raum der Freiheit aller weiter auszubauen und institutionell zu befestigen vermag.

Aber zurück zu der schlechten Wirklichkeit, die hier Gegenstand meiner Analyse ist. Zunächst einmal führt sie einen überzeugenden Beleg für die fünfunddreißig Jahre alte Diagnose von Norbert Elias vor Augen: Der Wahlkampf im Zuge der Präsidentschaftswahlen in den USA ist einer zwischen zwei Parteien in einem oligarchischen Herrschaftssystem gewesen. Geld, Herrschaftswissen und Herrschaftsinstrumente sind mobilisiert worden, um Mehrheiten zu erringen. Es geht nicht um die Herrschaft des Volkes sondern um die Herrschaft des Geldes und zugleich um eine über das Volk. Im Zweifel, wie für die Republikaner gezeigt werden kann, nicht nur mit manipulativen sondern auch mit allen nur eben noch handhabbaren Mitteln, um auch noch Teile der Bevölkerung an der Ausübung ihres Wahlrechts zu hindern. Es kann einem aber auch nicht entgehen, dass Lems Vergleich der Wahlwerbung mit der für Tomatensuppe in Dosen längst nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Wie bei der Werbung für Waren auch, müssen kritische Beobachter vielmehr erkennen, dass heute von systematisch betriebenen Manipulationsversuchen geredet werden muss. Diejenigen, die Wahlwerbung betreiben, wissen ungleich genauer Bescheid über Neigungen, Motive und Vorurteile der von ihnen Umworbenen, als diese selbst. Und worum es geht, das ist - wie in der Werbung für Konsumwaren längst der Fall -, dass an die Stelle von Vorurteilen keinesfalls eine zunehmend besser begründete Urteilsfähigkeit treten soll. Leidenschaften werden angesprochen, Emotionen angestachelt. Die Vorstellung Hannah Arendts, dass alle Bürger\*innen zu handelnden Wesen werden sollten, wobei dem Handeln das Denken und Urteilen vorauszugehen hätte, liegt denen fern, die Wahlkämpfe auf diese Weise führen. Sie ist allenfalls ein mehr oder weniger nachgeordnetes Ziel. Die Folgen für ihre Herrschaftsansprüche könnten ja unabsehbar sein. Den Beobachter beschleicht der Gedanke, dass Zynismus unter den herrschenden Angehörigen der Oligarchie verbreitet sein könnte, dass viele unter ihnen davon ausgehen, dass die Entfaltung wirklicher Urteilsfähigkeit bei der großen Mehrzahl der Masse der Beherrschten im Ernst gar nicht aussichtsreich angestrebt werden kann.

Der wesentliche Unterschied läge dann darin, dass die modernen Rechtspopulisten die Verachtung systematisch in den politischen Prozess der Gesellschaft einführen. Von solcher Verachtung hat Camus geschrieben dass sie, *in die Politik eingedrungen, den Faschismus vorbereitet oder einführt*.<sup>54</sup> Aber es geht hier nicht nur um die Verachtung des politischen Gegners, sondern auch um die der eigenen Wähler.<sup>55</sup> Die liberalen oder sozialliberalen Demokraten sind dagegen hilflos,

---

<sup>54</sup> Vollständig habe ich das Zitat (Camus 2016,238) diesem Essay vorangestellt. Ich will es hier noch einmal wiederholen: *Der Faschismus ist in der Tat die Verachtung. Umgekehrt bereitet jede Form von Verachtung, in die Politik eingedrungen, den Faschismus vor oder führt ihn ein.*

<sup>55</sup> Die Gründe des Erfolgs der rechtspopulistischen Mobilisierung breiter Bevölkerungsteile wäre an dieser Stelle ein eigenes Thema. Dass Donald Trump bei seinem Umgang mit der Corona-Pandemie erfolgreich mit der Angst vieler gespielt hat, im Falle eines Lockdowns ihre materielle Existenzgrundlage zu verlieren, liegt angesichts der vorne schon zitierten ersten Wahlanalysen auf der

solange sie zwar die Regeln der parlamentarischen Demokratie achten; das Wahlvolk aber vor allem mit Skepsis beobachten, seine Urteilskraft für sehr begrenzt halten und deshalb auch ihrerseits bemüht sind, ihm ihr politisches Angebot zu „verkaufen“. Die entscheidende Frage lautet dann aber, welches Angebot sie machen wollen. Solange sie vor allem mit den Macht- und Herrschaftsverhältnissen kalkulieren, denen sie sich gegenübersehen – und gleichermaßen mit dem überkommenen, von Erosionsprozessen bedrohten Instrumentarium der repräsentativen Demokratie sowie den Zwängen einer zunehmend neoliberal entfesselten Ökonomie – wird es letztlich immer um ein ‚verkaufen‘ dieser Angebote gehen müssen. Es käme also darauf an, in dem Sinne andere Angebote zu finden, dass ihre Politik darauf zielt, offene Möglichkeitsräume kenntlich zu machen und in ihnen neue Wirklichkeiten zu schaffen.<sup>56</sup> Eine politische Linke könnte hier auf reichhaltige Erfahrungen zurückgreifen. In den USA wären sie in den Zeiten des New Deal, aber auch der ganz frühen amerikanischen Gewerkschaftsbewegung oder denen einer *sozialen Linken* zu finden, wie sie zum Beispiel in Chicago eine ausgeprägte Tradition hat.<sup>57</sup> Für die jüngere deutsche Vergangenheit habe ich vorne auf steckengebliebene Ansatzpunkte aus dem Sozialdemokratischen Jahrzehnt der 1970er Jahre verwiesen.

## 6. Präfaschistische Autokratien oder neuer demokratischer Aufbruch

Die gegenwärtige Corona-Krise mag die Krisenhaftigkeit der oben umrissenen Entwicklungen noch einmal schärfer sichtbar machen. Auch sie betrifft uns nach Alter, ethnischer Zugehörigkeit, sozialem Status, Staatsangehörigkeit usw. höchst unterschiedlich – und sie zwingt zum Innehalten und Nachdenken. Aber dass sie verspricht, wie der Philosoph Slavoj Žižek meint, dass *wir (...) unsere gesamte Einstellung gegenüber dem Leben anpassen (werden) – im Sinne unserer Existenz als Lebewesen inmitten anderer Lebensformen* (RN 21.03.2020), ist einstweilen nicht mehr als eine große Hoffnung.<sup>58</sup> Unsere Gesellschaften gehen großen sozialen Konflikten entgegen und der Kampf um ein demokratisches Projekt der Moderne, das den multiplen Krisenentwicklungen und Herausforderungen der Zeit gerecht werden kann, bedarf einer neuen Aufklärung unserer Gesellschaft. Im Zeichen der multiplen Krisenentwicklungen und ökologischen Herausforderungen, die sich wie wachsende Problemwolken auf türmen, verblasst der Glanz der westlichen Demokratien. Für die Menschen in den Ländern des Realsozialismus ist er im Ausgang der 1980er Jahre

---

Hand. Auf einer tieferliegenden Analyseebene allerdings wäre der Blick wohl auf die *Pose der Autorität* als ein tragendes Fundament patriarchal geprägter Herrschaftsverhältnisse zu richten (Gruen 2015). Der Psychologe Arno Gruen (siehe auch Fußnote 34) zielt mit diesem Begriff auf einen inneren Terror, der entsteht, wenn ein Kind keine Anerkennung für sein eigenes Selbst erhalte und stattdessen lerne, seine Gefühle um den Aufbau von (väterlicher) Macht herum zu organisieren und sich mit jenen, die Macht haben, zu identifizieren.

<sup>56</sup> Siehe hierzu die Ausführungen in meinem Essay *Krise und Normalität* (Martens 2020b).

<sup>57</sup> Siehe in diesem Zusammenhang Richard Sennett (2015, 74-81) sowie Saul D. Alinsky 2010.

<sup>58</sup> Wobei die Zweifel schon bei dem in diesem Satz postulierten großen Kollektiven ‚Wir‘ einsetzen müssen, welches es so ja keineswegs gibt.

noch in hohem Maße verlockend gewesen. Heute, am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik ist das anders. Wir erleben eine Krise des politischen Liberalismus, der sich zunehmend auf einen Marktliberalismus reduziert hat. Allerdings war der politische Liberalismus auch in für ihn besseren Zeiten in Bezug auf die Sphäre der Ökonomie immer schon höchst einäugig. Im Übrigen würde man so profilierte frühe Marx-Kritiker(innen) wie Arendt sehr zu Unrecht einfach dem liberalen Denken der 50er Jahre zurechnen. In *Über die Revolution* schreibt sie in dieser Hinsicht, durchaus selbstkritisch:<sup>59</sup>

*Wenn man uns vorwarf, wir verstünden unter Freiheit nicht mehr als freie Marktwirtschaft, haben wir wenig getan, diese ungeheuerliche Unwahrheit zu widerlegen, ja sie mitunter auch noch bekräftigt, um wenige Zeilen später fortzufahren, dass Wohlstand, Reichtum und Überfluss (...) keineswegs der losgelassenen, rücksichtslosen ‚Privatinitiative‘ des kapitalistischen Systems, das, wo immer es wirklich geherrscht hat, erst einmal Massenelend von furchtbaren Ausmaßen im Gefolge gehabt hat, zu verdanken gewesen seien (Arendt 1974, 279f).*

Mit dem Neoliberalen Projekt erleben wir seit ca. 40 Jahren einen Antwortversuch auf die Krise aus dem New Deal hervorgegangenen gemischten Wirtschaft, die nach 1945 in der *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft* in Form der wohlfahrtsstaatlich geprägten Nachkriegsdemokratien Gestalt gewonnen hat. Sie war schon immer nur eine auf Zeit hin tragfähige Antwort für den industriell entwickelten Teil dieser Welt – die sich in der Systemkonkurrenz mit einem vermeintlich real existiert habenden Sozialismus als Überlegen erwiesen hat. Im Zeichen des *Sinkflugs des Adlers* erweist sich das neoliberale Projekt als zunehmend instabil.<sup>60</sup> Darauf ist der Trumpismus in den USA eine verheerende Antwort gewesen – und dessen Drohungen sind noch keineswegs vorbei.

Die große Frage lautet heute, wie der längst begonnenen Erosion der demokratischen Institutionen unserer *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft* begegnet werden kann. Für manche ist das die Frage nach der neuen *großen Erzählung*. Nach der wird bislang vergeblich gesucht. Andere, wie zum Beispiel die SP Schweiz, setzen auf einen neuen *transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie* im Zeichen einer *wirtschaftsdemokratischen Offensive*.<sup>61</sup> *Arbeit und*

---

<sup>59</sup> Allerdings wird man wohl sagen können, dass Arendt – und ähnliches gilt auch für Camus - den wissenschaftlichen Durchbruch der ökonomischen Analyse Marxens kaum angemessen gewürdigt haben. Auf der anderen Seite sieht Frieder O. Wolf (2019, 230) es zu Recht als die *große Lücke der Marxschen Ausarbeitung der Kritik der politischen Ökonomie* an, die Rolle des Staates nicht thematisiert zu haben. Jacques Rancière (2002, 95f) schließlich hat argumentiert, dass Marx als Kritiker der bürgerlichen Demokratie seiner Zeit im Wesentlichen darauf gezielt habe, die *Scheinbarkeit der politischen Bürgerlichkeit zugunsten der Wirklichkeit des produzierenden Menschen* aufzulösen. Rancière spricht daher bei Marx von der *Klasse als das Wahre in der Lüge* und *als zentrale Gestalt der Meta-Politik (...) als ein Jenseits der Politik*.

<sup>60</sup> Der Weltsystemanalytiker Wallerstein hat, wie schon erwähnt früh auf den *Niedergang der amerikanischen Macht* hingewiesen, sei es als *Absturz*, sei es als *Sinkflug des Adlers* (Wallerstein 2004).

<sup>61</sup> Siehe dazu meinen Beitrag in den SPW Heft 1/2019.

*Demokratie* wird so zu einem Thema. Im Licht unserer jüngsten Erfahrungen allerdings wäre wohl auch über die Rolle der „vierten Gewalt“ neu nachzudenken. Denn wie in diesem Essay zu Beginn von Kapitel 2 umrissen, und dann im Schlussteil von Kapitel 4 detailliert dargelegt, ist deren Rolle im Zusammenhang der gegenwärtigen Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne so wichtig wie kritikbedürftig. Zu dieser Krise gehört ja sehr wesentlich auch die digitale Revolution, und diese hat im Zeichen des Internets und der sogenannten neuen ‚sozialen Medien‘, die ja in mancher Hinsicht eher asoziales Verhalten befördern, das Meinungsbildungsmonopol der ‚vierten Gewalt‘ gebrochen. Damit werden deren Märkte auf neue Weise umkämpft. Und wie man in den USA sehen konnte, wurden damit die Verletzungen journalistischer Sorgfaltspflicht und die nicht anders als hetzerisch zu nennende ungeprüfte Verbreitung von faked News zu einem überaus erfolgreichen neuen Geschäftsmodell. Die Stärkung rechtspopulistischer Bewegungen und die politische Spaltung der Gesellschaft wurden billigend in Kauf genommen – und man darf davon ausgehen, dass sich das absehbar nicht zum Positiven ändern wird, solange es auch zukünftig vorrangig um erfolgreiche Geschäftsmodelle geht.

Die Möglichkeiten der Manipulation, von denen Enzensberger 1970 in seinem gedanklichen Vorgriff auf die Entfaltung der elektronischen Medien gesprochen hat, haben sich für einzelne Angehörige der ökonomischen und politischen Eliten seither geradezu exzeptionell vergrößert. Die Chancen der Aufklärung und Selbstaufklärung der Bürger\*innen, die Arendt als essentiell für eine Demokratie bezeichnet hat, in der *Menschen frei miteinander Verkehr pflegen und das Recht haben, ihre Ansichten öffentlich kundzutun*, scheint in weite Ferne gerückt. Dennoch ist auf der Ambivalenz der gegenwärtigen Entwicklung einer medial hergestellten Wirklichkeit mit ihren Blasen und Parallelwelten zu beharren. Die Medienlandschaft hierzulande ist im Vergleich zu den USA sicherlich (noch) geradezu wohltuend vielfältig. Aber die Frage, ob zu den ‚Schlüsselindustrien‘, für die die Frage nach dem Zusammenhang von *Arbeit und Demokratie* grundlegend neu aufgeworfen werden müsste, nicht an vorrangiger Stelle auch die fortschreitend monopolisierte Medienmacht gehören sollte, muss mittlerweile gestellt werden – gerade im Hinblick auf eine Verteidigung wenigstens der noch halbwegs intakten institutionellen Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie.

## **7. Schlussbemerkung**

Die Krise unseres Demokratischen Projekts der Moderne ist spätestens nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2020 nicht länger zu übersehen. Diesen Essay habe ich aus diesem Anlass gut einen Monat nach den Wahlen und knapp einen Monat vor dem Sturm eines vom abgewählten Amtsinhaber aufgewiegelten Mob auf das Kapitol geschrieben. Die Ereignisse bestätigen mich in meiner Analyse. Es ist mir darum gegangen, noch einmal an die theoretischen und philosophischen Überlegungen zu erinnern, die im Zusammenhang mit der Rückkehr der Idee der Demokratie in unsere soziale Wirklichkeit im Zuge der großen bürgerlichen

Revolutionen angestellt worden sind. In diesem Zusammenhang sind mir sowohl die Denker der radikalen Französischen Aufklärung als auch einige Denker\*innen wichtig gewesen, die in jüngerer Zeit erhellendes dazu beigetragen haben. Ich bin aber auch – relativ konkret – darum bemüht gewesen, für eine generelle Stärkung partizipativer Formen innerhalb der bestehenden repräsentativen Vertretungsformen in unserer Demokratie zu plädieren - und ich habe dies einmal mehr mit einer zuspitzenden Stoßrichtung auf Arbeit und Demokratie verknüpft.

Das ist ein Thema, dem ich in jüngster Zeit in mehreren anderen Aufsatz- und Buchveröffentlichungen nachgegangen bin.<sup>62</sup> Wichtige Impulse für eine dazu gegenwärtig wieder breiter auflebende Debatte sind nicht zufällig von der amerikanischen Philosophin Elizabeth Anderson ausgelöst worden, kommen also aus den USA.<sup>63</sup> Hier war nicht der Raum, es erneut zu vertiefen. In Rahmen dieses Essays war es mir aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass Ansätze dazu in Deutschland im ‚sozialdemokratischen Jahrzehnt‘ überlegt und partiell auch erprobt worden sind. An die wäre von Neuem anzuknüpfen. Zu betonen ist dann freilich immer, dass dies einen Schritt bedeutet, bei dem wirklich Neues erprobt werden muss. Er ist freilich immer ein Wagnis, wie aber jede auf eine prinzipiell immer offene Zukunft gerichtete Politik - auch die, die vorgibt, es reiche aus am Bewährten festzuhalten. Camus hat im Ergebnis seiner philosophischen Kritik des *prophetischen Marxismus* völlig zutreffend konstatiert, dass es uns Menschen *unmöglich* ist, *nach Plänen zu handeln, die die Totalität der Weltgeschichte umfassen*. Eine solche Totalität der objektiv-idealistischen Philosophie Hegels hat den prophetischen Marxismus geprägt. Seine Geschichtsphilosophie ist, wie jedes teleologische Denken, im Licht geschichtlicher Erfahrungen wie auch unseres heutigen Wissenschaftsverständnisses obsolet. Es setzte die Position eines Gott ähnlichen eminenten Beobachters voraus, die uns erkenntnistheoretisch nicht zugänglich ist.<sup>64</sup> Mithin gilt in Camus (2016, 378) Worten:

*Jedes geschichtliche Unternehmen kann deshalb nur ein mehr oder weniger vernünftiges und begründetes Abenteuer sein. Zuerst jedoch ein Wagnis. Als solches kann es keine Maßlosigkeit, keinen unerbittlichen und absoluten Standpunkt rechtfertigen.*

---

<sup>62</sup> Siehe dazu mit zahlreichen weiteren Veröffentlichungshinweisen Martens 2019b und 2020b.

<sup>63</sup> Ihre Argumentation läuft auf den Nachweis hinaus, dass das mit der Etablierung freier Märkte verknüpfte Freiheitsversprechen Adam Smiths – formuliert für das frühe Bürgertum gegen die noch bestehende Feudalherrschaft – mit den Ergebnissen der industriellen Revolution zur Ideologischen Rechtfertigung der Herrschaft *privater Regierungen* gegenüber der ganz überwiegend abhängig beschäftigten arbeitenden Bevölkerung geworden sei. Ich habe mich mit dieser Argumentation – im Hinblick auf die deutschen Verhältnisse, in denen solche durch das Direktionsrecht legitimierte private Herrschaft immerhin durch Mitbestimmungsrechte eingeschränkt ist, sozusagen ähnlich den frühen konstitutionellen Einschränkungen bis dahin absoluter Monarchien – an anderer Stelle ausführlich auseinandergesetzt (vgl. Martens 2020d).

<sup>64</sup> Siehe dazu – etwa in Bezug auf das Gefangensein eines jeden von uns *im Konkon seiner Eigenzeit* (Safranski 2015,171) - oder erkenntnistheoretisch sehr grundlegend Markus Gabriel 2015.

Es sollte weiterhin klar geworden sein, dass mit einem solchen Schritt die überfällige handfeste praktische Kritik an vor allem zwei Missständen verknüpft sein muss: (a) an den Ungleichverteilungen von Reichtum und Einkommen, weil Demokratie zu praktizieren sachliche und zeitliche Spielräume benötigt<sup>65</sup>; und (b) eine praktisch folgenreiche Kritik an der vierten Gewalt, der *Bewusstseinsindustrie*. Eine solche Kritik kann die Augen vor dem gegenwärtigen *Elend der Welt* (Bourdieu 1997) nicht verschließen. Sie kann deshalb leicht in einen sehr skeptischen Blick auf die vor uns liegende und zunehmend bedrohlich erscheinende Zukunft nahelegen. Dagegen an ist es mir wichtig, in der Tradition der Denker\*innen, die mir für meine eigenen Überlegungen immer wieder wichtig sind, Mut zu machen und an der Pflicht zur Zuversicht festzuhalten.

Wenn Arendts Satz zutrifft, dass wir mit unserem demokratischen Projekt der Moderne vor einem *Abgrund der Freiheit* stehen, und Camus gar von einer *grenzenlosen Furcht der Freien* spricht - wobei er präziser formuliert, die vor der Möglichkeit ihrer Freiheit stehenden Menschen meint -, dann tun beide das immer in der Absicht, zum Gebrauch dieser Freiheit zu ermutigen. Wir Menschen stehen nach dem Ende aller Glaubensgewissheiten, mittels derer zuvor – aber auch heute vielfach immer noch oder schon wieder - unsere weltliche Ordnung geordnet zu sein schien, vor der Herausforderung, eine solche Ordnung selbst stiften müssen. Folglich geht damit alles darum, den Raum der Politik als den Raum unserer Freiheit institutionell zunehmend besser zu sichern und weiter auszubauen.

Am Anfang steht dann aber immer wieder die Herausforderung, diese Freiheit und den ihr gemäßen Raum zu denken. Wir stehen damit mit anderen Worten vor der stetigen Herausforderung unsere soziale Wirklichkeit zunehmend demokratischer zu denken und zu gestalten. Dabei wäre insbesondere auch die heteronome Sphäre von Arbeit und Wirtschaft von neuem, und anders als von Arendt gedacht, in den Blick zu nehmen. Wenn man in diesem Sinne endlich auch *Arbeit und Demokratie* grundlegend neu zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen machen will, wird man radikaldemokratisch mit Arendt und zugleich gegen sie weiterdenken müssen.<sup>66</sup>

Anknüpfen lässt sich bei all dem nicht zuletzt an das mittelmeerische Denken Albert Camus. Der sah sich um die Mitte der 1950er Jahre sozusagen mit *Prometheus in der Hölle* und hat damals höchst nüchtern konstatiert:

*Der heutige Mensch hat seine Geschichte gewählt. Und er konnte und sollte sich nicht von ihr abwenden. Aber statt sie sich Untertan zu machen, lässt er sich Tag für Tag von ihr mehr in die Knechtschaft drängen. (...), Sie sahen ohne zu sehen, sie hörten ohne zu hören, den Gestalten des Traumes gleich (Camus, 1957, 49).*

---

<sup>65</sup> Siehe dazu komprimiert meine Argumentation in Martens 2020d, 45-64 und dort zu den unterschiedlichen Geschwindigkeiten ökonomischer und demokratischer Entscheidungsstrukturen, mit Bezug auf Rüdiger Safranskis (2015) philosophische Reflexionen zum Thema Zeit (a.a.O. 58()).

<sup>66</sup> Siehe dazu ausführlich Martens 2020b, 40-116.

Aber mit diesem nüchternen Blick auf seine Zeit, und unsere ist sicherlich nicht weniger ernüchternd, verträgt sich problemlos - wie auch mit seinem, *Mythos des Sisyphos* als Metapher für existenzielle Grenzen unseres Menschseins und menschlicher Werdens – seine Überzeugung, dass wir unsere Lage zunehmend besser erkennen können und dass wir uns bewusst machen sollten, dass wir *alles daran setzen müssen*, die Widersprüche, in die wir verstrickt sind, *zu verringern* (Camus 1957, 42).

## Literatur:

- Abelshausen, W. (2009): Nach dem Wirtschaftswunde. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn
- Alinsky, S. D. (2010): Call Me A Radical, Zusammengestellt und aus dem Englischen von Karl-Klaus Rabe (1984/1999), redaktionell bearbeitet und aktualisiert von der IG Metall Jugend (2010), Berlin
- Arendt, H. (1958): Die Räte Ungarischer Revolution und der totalitäre Imperialismus, in: diess., In der Gegenwart. Übungen zum politischen Denken II, hgg. von U. Lutz, München/Zürich 2000, S. 73 - 126
- (1967): Vita Activa oder vom tätigen Leben, München (dt. Erstausgabe 1961)
  - (1974): Über die Revolution, München-Zürich (dt. Erstausgabe 1963)
  - (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hgg. Von U. Lutz, München-Zürich
  - (2003): Denktagebuch (Hgg. Von U. Lutz u. I. Nordmann), 2 Bände, München-Zürich (dt. Erstausgabe 2002)
- Arrighi, G.; Hopkins, T. K.; Wallerstein, I. (1989): Antisystemic Movements. London-New York
- Azzelini, D. (2014): Ein Epochenbruch. Die neuen globalen Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 495-512
- Blom, P. (2010): Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München
- Blume, D.; Boll, M.; Gross, R. (Hg.): Hannah Arendt und das 20. Jahrhundert, München
- Bourdieu, P. (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz
- Die verborgenen Mechanismen der Macht, Schriften zu Politik&Kultur, Hrsgg. von M. Steinrück, Hamburg
- Camus, A. ((1957): Heimkehr nach Tipasa. Mittelmeer-Essays, Zürich
- (2011): Der Mythos des Sisyphos (13. Auflage), Reinbek bei Hamburg
  - (2016) Der Mensch in der Revolte (31. Auflage), Reinbek bei Hamburg
- Cancic, H.; Groschopp, H.; Wolf, F.O. (Hg.) (2016): Humanismus, Grundbegriffe, Berlin/Boston
- Castoriadis, C. (2016): Die ungarische Quelle, in, ders.: Ungarn 56. Die ungarische Revolution. Ausgewählte Schriften, Band 7, hgg. von Gabler, A.; Halfbrodt, M.; Wolf, H., Lich/Hessen, S. 67-97
- Condorcet, M. J. (1976): Entwurf einer historischen Darstellung der Entwicklung des menschlichen Geistes, Frankfurt am Main
- Dahrendorf, R. (1997). An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert, in: Die Zeit, 14.11. 1997
- Dienel, P.C. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment Demokratie, Opladen
- Elias, N. (1980): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 7. Auflage, 2 Bände (Erstausgabe 1969), Frankfurt am Main

- (1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1985), Frankfurt am Main
- Enzensberger; H. M. (1964): Einzelheiten I. Bewusstseinsindustrie, Journalismus als Eiertanz, Frankfurt am Main
- (1970) Baukasten zu einer Theorie der Medien, in: ders. (Hg.): Kursbuch 20, Über ästhetische Fragen, Frankfurt am Main, S. 159-186
- (2002): Die Elixire der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa, Frankfurt am Main
- Forst, R. (2020): Die Verwahrlosung der Demokratie. SZ 02.09,
- Foucault; M. (1971): Die Ordnung der Dinge, Frankfurt am Main
- Freeland, C., (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite, Frankfurt am Main
- Fukuyama, F. D. (1989): The End of History? In: The National Interest, No. 16, Baltimore
- Gabriel, M. (2015): Warum es die Welt nicht gibt, Berlin
- Geißler, H. (2012): Sapere aude! Warum wir eine neue Aufklärung brauchen, Berlin
- Gruen, A. (2015): Wie Frieden? In Käßmann, M.; Wecker, K. (Hg.) (2015): Entrüstet Euch. Warum Pazifismus für uns das Gebot der Stunde bleibt. Texte zum Frieden, Gütersloh, S. 114ff
- Habermas, J. (1985): Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen, Frankfurt am Main
- (2011): Merckels von Demoskopie geleiteter Opportunismus, in: SZ, 07.2112. 2011
- Jungk, R.; Müllert, N. R. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg
- Kilminster, R. (1996): Norbert Elias und Karl Mannheim – Nähe und Distanz, in: Rehberg, K.-S. (Hg.): Norbert Elias und die Menschenwissenschaften. Studien zur Entstehung und Wirkungsgeschichte seines Werkes, Frankfurt am Main, S. 352-392-
- Kohn, J. (2011): Denkwege einer politischen Theorie, in: Heuer, W.; Heiter, B.; Rosenmüller, S. (Hg.): Arendt-Handbuch. Leben – Werk \_ Wirkung, Stuttgart und Weimar
- Krippendorf, E. (2001): Jefferson und Goethe, Hamburg
- Lem, S. (1984): In der Höhle der Zivilisation, in: Lem über Lem. Stanislaw Lem – Stanislaw Beres. Gespräche, Frankfurt am Main, S. 235-289
- Manow, P. (2008): Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt am Main
- (2018): Politische Ökonomie des Populismus, Berlin
- 2020): (Ent)Demokratisierung der Demokratie, Berlin
- Martens, H.: (1998). „Reflexive Demokratie. 25 Jahre Planungszelle. Es geht darum, die Bürgerrolle wirklich zu öffnen – Tagungsbericht, in: ARBEIT 2/1998, S. 179- 181
- (2013): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur grundagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Arbeitsforschung Eine auch persönliche Bilanz, Münster
- (2014a): Politische Subjektivierung und ein neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Foucault und Rancière zusammen- und weiter denken, Münster
- (2014b): Am Anfang steht die Handlung – am Ende ein „losgelassener Verzehrungsprozess“? Die Krise des demokratischen Projekts der Moderne im Licht von Michael Tomasellos Konzept der geteilten Intentionalität. [www.drhelmutmartens.de](http://www.drhelmutmartens.de) (Texte zum Download. sozialwissenschaftliche Texte, philosophische Texte)
- (2014c): Am Anfang und am Ende unserer Zeit – Überlegungen aus Anlass von Christa Wolfs Reflexionen im Epochenbruch; [www.drhelmutmartens.de](http://www.drhelmutmartens.de)
- (2015c): Die Elixire der Wissenschaft“ – Reflexionen über wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt, [www.drhelmutmartens.de](http://www.drhelmutmartens.de)
- (2016a): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik - Hamburg
- (2016b): Angesichts eines neuen Protestzyklus – Perspektiven und offene Fragen, [www.drhelmutmartens.de](http://www.drhelmutmartens.de), sozialwissenschaftliche Texte
- (2019a): Vor der 'Rückkehr der Zukunft', oder konfrontiert mit finsterner werdenden Zeiten? – wissenschaftliche, philosophische, literarisch verdichtende Perspektiven

- angesichts der Krise der Politik, in: Rahlwes, M.; Rudnick, T.; Tzanakis Papadakis, N. (Hg.): Philosophie und Kritik der Politik. Festschrift für F. O. Wolf zum 75. Geburtstag, Münster, S. 111-127
- (2019b): Warum in die Ferne schweifen? Angesichts der Herausforderungen linker Politik ein Blick auf die SP Schweiz, in: spw-Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 230, S. 36-71
  - (2019c): In einer aus den Fugen geratenen Welt. Literarisch inspirierte, philosophisch fundierte sozialwissenschaftliche Reflexionen, www.drhelmutmartens.de, sozialwissenschaftliche Texte
  - (2020a) Die Corona-Krise als Störung des ‚Weiter-so‘, in: Sozialismus, 10/2020, S. 57-62
  - (2020b): Krise und ‚Normalität‘ – Die Corona-Krise als Störung des ‚Weiter-so‘ oder als Impuls neu und anders zu denken – ein Essay, www.drhelmutmartens.de, sozialwissenschaftliche Texte
  - (2020c): Science-Fiction-Autor oder Humanistischer Denker und ‚Technikapostel‘? Reflexionen zu Stanislaw Lem, www.drhelmutmartens.de, literaturwissenschaftliche Texte
  - (2020d): Arbeit und Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur praktisch-politisch sondern auch philosophisch fundiert neu denken, Dortmund
  - (2020e): Albert Camus‘ Linksnietscheanismus als epikureische Gelassenheit und politisch-intellektuelles Engagement, www.drhelmutmartens.de
- Marti-Brander, U. (2018): Die Freiheit des Karl Marx. Ein Aufklärer im bürgerlichen Zeitalter, Reinbek bei Hamburg
- Moorstedt, M. (2020): Sie haben keine Wahl. Bei Werbung für Trump und Biden geht es um gezieltes Ausspähen jedes einzelnen Wählerprofils, in SZ, 28.10. 2020
- Neckel, S. (2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas’schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55
- Nietzsche, F., (2011): Der tanzende Stern. Aphorismen. Ausgewählt und herausgegeben von Kai Kilian, Köln
- Odenwald, S. (2020): Ein Meilenstein. Die Wahl von Kamala Harris zur ersten weiblichen Vizepräsidentin, in: Sozialismus 12/(2020, S. 16-18
- Peter, G. (2020): Die Metamorphosen der Arbeitswelt im ‚Epochenbruch‘. Eine futurologische Konstruktion, in: Georg; A.; Guhlemann; K.; Peter, G. (Hg.): Humanisierung der Arbeit 4.0. Prävention und Demokratie in der digitalisierten Arbeitsgesellschaft, Hamburg, S. 205 - 238
- Pinker, S. (2019): Aufklärung jetzt. Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt, Frankfurt am Main,
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- PROKLA-Redaktion (2014); Editorial: Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S.466ff
- (2016): Der globale Kapitalismus um Ausnahmezustand, in: PROKLA, Heft 185: Ausnahmezustand: Barbarei oder Sozialismus, Heft 4/2016, S. 507ff
- Rossmann, R. (2020): Ein Votum mit ‚mehr Substanz‘. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble beobachtet eine wachsende Distanz zwischen Wählern und Gewählten in westlichen Demokratien. SZ 26./27.09. 2020
- Safranski, R. (2015).. Zeit - Was sie mit uns macht und was wir aus ihr machen, München
- Schmidt, A. (1977): Schopenhauer und der Materialismus, in: ders.: Drei Studien über Materialismus., München Wien, S. 21-79
- Schulz, B. (2020): Warum ist Donald Trump so beliebt? Zehn Thesen zum Ausgang der Präsidentschaftswahlen, in: Sozialismus 12/2020, S. 2 - 5
- Sennett, R. (2014): Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, München
- Siemann, W. (2021): Gebt mir ein Blutbad! FAZ 09.01. 2021
- Solty, I. (2020)): Imperialer Neoliberalismus, rechtsautoritärer Nationalismus. Zur Analyse der US-Präsidentschaftswahl 2020, in: Sozialismus 12/2020, S. 9 - 15

- Tomasello M. (2011): Die Ursprünge der menschlichen Kommunikation, Frankfurt a. M.
- Wallerstein, I.(1995): Die Sozialwissenschaften „kaputtdenken“. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts, Weinheim
- (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht, Hamburg
  - (2010) Krise des kapitalistischen Systems – und was jetzt?, in: Wallerstein, I.; Müller, H. (2010): Systemkrise und was jetzt, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010, S. 1-16
  - (2014): Vergangenheit und Zukunft der Globalen Linken, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 601-621
- Wolf, F. O. (2019):Deliberation und Wissenschaft. Zum Verhältnis von Radikaler Philosophie, Kritik der politischen Ökonomie und Kritik der Politik heute. M. Rahlwes, T. Rudnick, N. Tzanakis Papadakis im Gespräch mit F. O. Wolf,, in: Diess. (Hg.):Radikale Philosophie und Kritik der Politik. Festschrift für F. O. Wolf zum 75. Geburtstag, Münster, S. 213-249
- (2020): Ecology, finite marxism and socialist politics. A collection of interventions, Berlin (Manuskript)
- Zinn, K. G. (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg